

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3. gewöhnliche Zeitzeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81

Gefahrgemeinschaft und beschleunigte Kapitalbildung.

Der Plan des Finanzministers Moldenhauer, die Arbeitslosenversicherung auf den Rücken der Invaliden- und der Angestelltenversicherung zu sanieren — ein Plan, der den Namen Sanierung nicht verdient, da er die Schwierigkeiten, anstatt sie zu beheben, nur hinausschieben würde — wurde von den Gewerkschaften aller Richtungen scharf abgelehnt. Es wurde hervorgehoben, daß diese Lösung für den Bauplatz geradezu verhängnisvoll wirken könnte, des weiteren aber, daß sie die Zukunft der Sozialversicherung gefährden könnte. Würden die Kapitalien der Invaliden- und der Angestelltenversicherung als Darlehen für die Arbeitslosenversicherung verwendet, so könnte das bei einer ungünstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes in Zukunft die Invaliden- und die Angestelltenversicherung selbst gefährden. Darüber hinaus müßte diese Lösung als ein sozialpolitischer Rückschritt auch deshalb gewertet werden, da sie den Bestrebungen für eine spätere Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung Vorschub leisten, einer zukünftigen Verbesserung sowohl der Arbeitslosen- wie der Invalidenversicherung einen Riegel vorschoben und die Erhöhung der heute ganz unzulänglichen Leistungen verhindern könnte.

Im übrigen enthält dieser von der Unternehmerpresse allgemein gebilligte Plan einen schlagenden Beweis dafür, wie wenig ernst das Argument von der Notwendigkeit einer beschleunigten Kapitalbildung gemeint war. Würde man die Arbeitslosenversicherung durch eine Beitragserhöhung sanieren, die von den Unternehmern und den Arbeitern zu gleichen Teilen gezahlt wird, so würde das bedeuten, daß vor allem der Konsum der Arbeitnehmer und der Luxuskonsum der Unternehmer im Rahmen der Beitragserhöhung einigermaßen eingeschränkt werden müßte. Nur ein (wahrscheinlich geringer) Teil ginge auf Kosten der Kapitalbildung. Bei dem Vorschlag von Moldenhauer, die Kapitalien der Invaliden- und der Angestelltenversicherung für Arbeitslosenunterstützung zu verwenden, entfällt im Gegenteile eine Verminderung der Kapitalbildung in voller Höhe der Darlehensbeträge. Gegenwärtig bedeuten diese Kapitalien sofortige Kapitalbildung, indem sie in der Produktion und im Wohnungsbau verwendet werden, ja wir haben in der Sozialversicherung eine für die Wirtschaft unentbehrliche Kapitalquelle. Diese soll nun ausgeschaltet werden. Selbst wenn die Invaliden- und die Angestelltenversicherung die der Arbeitslosenversicherung geliehenen Summen nach vielen Jahren zurückerhalten, wäre diese Lösung unter dem Gesichtspunkt der beschleunigten Kapitalbildung zu verwerfen, da wir die Kapitalien gerade gegenwärtig am dringendsten brauchen. So zeigt sich hier, auf wie schwachen Füßen die Schlagworte der bürgerlichen Wirtschaftsführer stehen. Das Schlagwort von der beschleunigten Kapitalbildung soll nur herhalten, sofern es sich um neue Massenforderungen handelt. Es wird sofort fallen gelassen, sobald ein neuer Plan auftaucht, der unter Umständen für die Zwecke der sozialen Reaktion ausgeschaltet werden kann.

Die Arbeitslosenversicherung als Wirtschaftsfaktor.

Der Kampf um die Sozialversicherung und besonders um die Arbeitslosenversicherung zieht immer weitere Kreise. Es ist erfreulich, daß auch in bürgerlichen Zeitungen auf den sozialen und wirtschaftlichen Wert der Arbeitslosenversicherung und auf ihre Unentbehrlichkeit hingewiesen wird. Die Gewerkschaften wissen, warum sie mit allen Mitteln jeden Abbau der Arbeitslosenversicherung verhindern wollen. Die zustimmenden Äußerungen in bürgerlichen Blättern verstärken aber noch die Front gegen die Sozialreaktion. In diesem Sinne sind sie zu beachten.

Daß die Arbeitslosenversicherung eine ganz andersgeartete Aufgabe hat als die übrigen Versicherungsträger und mit diesen rein versicherungstechnisch nicht verglichen werden darf, liegt auf der Hand. Bei dieser handelt es sich darum, das wichtigste Gut einer nationalen Volkswirtschaft, die Arbeitskraft, zu erhalten. In der „Vossischen Zeitung“ vom 9. Februar hat der bekannte Schriftsteller Georg Bernhard zu diesem Problem bemerkenswerte Feststellungen gemacht. Er schreibt u. a.: „Der Tüchtigkeit seiner schaffenden Menschenkräfte — der Unternehmer und der Arbeiter — verdankt Deutschlands Wirtschaft sein Vordringen auf der Weltmarken und bis zum Ausbruch des Krieges. Und auf der Tüchtigkeit und Brauchbarkeit seiner Menschenkräfte beruht noch mehr die Möglichkeit des Wiederaufbaues einer neuzeitlichen Nachkriegswirtschaft. Mit ausgemergelten Menschen sind keine modernen Maschinen zu betreiben. Und je komplizierter die Maschinen werden, desto mehr kommt es auf die Qualität der Menschen an, die an ihnen arbeiten. Deshalb muß der Unternehmer, genau so wie er für die Reparatur seiner Maschinen und für ihre Auswechslung bestimmte Summen vom Ertrag in Reserve stellt, sich zu seinen natürlichen Unkosten auch Ausgaben für die Regeneration des Menschenmaterials rechnen. So weiß es sich um solche Ausgaben unter dem Etikett Sozialpolitik han'elt, gehören

diese Ausgaben ins Kapitel der Menschenökonomie, die einen ganz wesentlichen Bestandteil der modernen kapitalistischen Privatwirtschaft bildet.“

Diesen Ausführungen muß man zustimmen. Man begegnet allen möglichen Einwendungen, nur nicht der Feststellung, daß diese Art Menschenökonomie zur Erhaltung der deutschen Wirtschaft unbedingt notwendig ist. Im Grunde handelt es sich um keine sozialpolitische, sondern um eine wirtschaftliche Frage von höchster Bedeutung.

Es kommt aber noch ein anderes hinzu, nämlich die Bedeutung der Arbeitslosenunterstützung von der Konsumseite her. Nicht zuletzt ist die Arbeitslosigkeit in dem Abnahmangel begründet. Wenn man die 3 Millionen Arbeitslosen, die mit ihren Familien 8 bis 10 Millionen Menschen darstellen, ohne jede Unterstützung ließe, würde dies zu einer glatten Wirtschaftskatastrophe führen. Auch hierzu macht Bernhard

Konjunkturrisikos auf die Arbeitslosenversicherung abzuwälzen. Er war früher gezwungen, seinen ganzen Arbeiterstamm, den er für Qualitätsarbeit brauchte, auf eigene Kosten durchzuhalten. Er hat heute das Recht, einen Teil dieses Risikos von der Arbeitslosenversicherung tragen zu lassen. ... Deshalb ist es auch andererseits „schon“, wenn in der öffentlichen Meinung die Auffassung genährt wird, die Einrichtung der Arbeitslosenversicherung komme nur den Arbeitern zugute.“ Die Unternehmer ziehen mithin aus der Arbeitslosenversicherung keinen geringen Nutzen. Wir haben aus Unternehmermunde noch niemals etwas von der Arbeitslosenversicherung als Risikoträger der Unternehmer gehört.

Diese wirtschaftlichen Gesichtspunkte werden bei den allgemeinen Erörterungen viel zu wenig berücksichtigt. Die Vertiefung der Arbeitslosenversicherung mit hochwichtigen Wirtschaftspragen gibt dieser eine ganz andere Bedeutung. Es geht deshalb nicht an, die Arbeitslosenversicherung rein versicherungstechnisch zu erfassen. Sie muß nach anderen, in den Funktionen der Wirtschaft begründet liegenden Gesichtspunkten beurteilt werden. Wenn die Gewerkschaften deshalb gegen die Bildung einer sogenannten „Gefahrgemeinschaft“ mit anderen Versicherungsträgern Protest einlegen, so sind sie auf dem richtigen Wege. Mag auch die Klassenlage des Reiches schlecht sein, das darf aber nicht daran hindern, die Allgemeinheit als Risikoträger bei der Arbeitslosenunterstützung einzuschalten. Daran müssen die Gewerkschaften festhalten.

Die

Betriebsräte wahlen müssen in allen Betrieben zu einem Siege der freien Gewerkschaften werden. Daher gibt es für unsere Mitglieder keine Bedenken bei der Aufstellung der Kandidaten und ebenso wenig bei der Wahl selbst. Kein guter Gewerkschafter gibt bei der Betriebsrätewahl seine Stimme einer anderen

Vorschlagsliste

als der, die seine Organisation, für unsere Mitglieder also der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, im Einvernehmen mit den anderen Organisationen des ADGB, und in Verbindung mit der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft der Betriebe aufgestellt hat. Unorganisierte, Gelbe und Wirtschaftsfriedliche, Handlanger und Vertrauensleute der APD, können nicht geeignete Vertreter

deiner

Interessen sein. Unorganisierte und Gelbe können nicht gegen den Willen des wirtschaftlich stärkeren Unternehmers arbeiterfreundliche Forderungen erheben. Die kommunistischen Heher, Puffschiffen und Gewerkschaftsfeinde, die in blindem Kadavergehorsam nach Moskauer Anweisungen handeln, wollen deine Lage nicht bessern, weil ihr „revolutionäres Interesse“ an deiner Verelendung zu groß ist. Deine einzige, erfolgreiche Interessenvertretung ist der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Bei den Betriebsräte wahlen gehört deine Stimme der Vorschlagsliste deiner

Organisation.

beachtliche Feststellungen: „Man kann die jährliche Gesamtausgabe für alle möglichen Arten der Arbeitslosenversicherung gegenwärtig auf etwa 1½ Milliarden beziffern. Die Bedeutung dieser Summe wird in der Öffentlichkeit leider in erster Linie von der Ausgaben Seite her gewürdigt. Aber man bedenke doch einmal, daß es sich hier um eine Ausgabe handelt, die dem Zweck dient, je nach dem Stand der Arbeitslosigkeit zwischen 800 000 und 2½ Millionen Menschen den notwendigen Konsum zu ermöglichen. Macht man sich denn nicht klar, welche ungeheure Bedeutung es für den Absatz gerade der kleinsten und mittleren Gewerbetreibenden hat, ob der natürliche Konsumausfall um eine solche Summe größer oder kleiner ist? Die deutsche Arbeitslosigkeit hat gewiß eine große Reihe von Gründen. Aber der letzte Grund der Arbeitslosigkeit besteht doch im Abnahmangel der Produzenten. Vielfach aber auch in einer überhasteten Rationalisierung, die die Absatzmöglichkeiten überschätzte. Hier bildet das den Arbeitslosen zur Verfügung gestellte Konsumgeld, unabhängig von jeder sozialpolitischen Erwägung, einen rein wirtschaftlichen Faktor von unabsehbarer Bedeutung.“

Dazu ist ebenfalls nichts zu sagen. Bernhard setzt nur den Höchstmaß von 2½ Millionen Menschen ein, die des notwendigen Konsums ermangeln. Wie oben bereits bemerkt, ist die Zahl dieser Menschen ohne Verdienstmöglichkeit viel höher. Im Grunde bleibt die Tatsache bestehen, daß durch die Arbeitslosenversicherung nicht nur die Lebensmöglichkeit der arbeitslosen Menschen gewährleistet wird, sondern auch die Wirtschaft durch die Gelder der Arbeitslosenunterstützung eine wesentliche Erleichterung erfährt.

Die Arbeitslosenversicherung ist heute zum Prellbock der Konjunkturschwankungen geworden. Sie dient dadurch im weitesten Maße den Unternehmern. Auch hierüber macht Bernhard beachtenswerte Ausführungen: „Die Arbeitslosenunterstützung dient nicht nur den Arbeitern, sondern sie dient auch dem Unternehmer, der das Recht hat, einen Teil seines

5. Ausschusssitzung des ADGB. am 17. und 18. Februar 1930.

Der zweite Vorsitzende des ADGB, Peter Graßmann, berichtete zu Beginn der Sitzung über das Befinden Leipzigs. Die Heilung des Oberschenkelbruchs schreitet stetig, wenn auch langsam fort.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Finanz- und Steuerfragen sprach der Vertreter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Dr. Hans Arons:

Im Augenblick der Unterzeichnung des Youngplanes setzte eine lebhaftige Kampagne für ein Steuerreformprogramm ein. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage der Steuererleichterungen. Im Dezember machte auch der Reichsverband der Deutschen Industrie dahingehende Vorschläge. Die Gewerkschaften standen dagegen auf dem Standpunkt: erst Ordnung der Reichsfinanzen, dann Senkung der Steuern. Es zeigte sich, daß von den Erparnissen des Youngplanes mehr und mehr für den Ausgleich des Haushalts verwendet werden müßte, ja, daß sich nicht einmal zu diesem Zweck ausreichen. Die Hauptfrage ist: wie ist die Balancierung des Etats zu erreichen? Man könnte an Ausgabenkürzungen denken. Die Ausgabeseite des Etats ist aber sehr unelastisch. Abgesehen davon sind manche geplanten Ausgabenkürzungen, wie z. B. zum Etat des Reichsarbeitsministeriums, unannehmbar. Es kommen ferner Anleihen in Frage. Was die Auslandsanleihen angeht, so ist das Reich durch das Abkommen mit Frankreich vertraglich beschränkt. Der Inlandmarkt kommt kaum in Betracht. Eine Zwangsanleihe bei der Invaliden- und Angestelltenversicherung müßte abgelehnt werden. Was bleiben für andere Möglichkeiten? Erschließung einmaliger Einnahmequellen, wie die Reserven der Reichsbank, Steuervorverlegungen einzelner Steuerzahlungen. Aber diese und ähnliche Maßnahmen reichen nicht aus, das Defizit zu decken.

So bleibt nur die vierte Möglichkeit: Steuererhöhungen. Die Gewerkschaften können sich bei ihrer Stellungnahme zu diesen Fragen auf die Vorschläge ihrer eigenen Steuerkommission stützen, die schon Jahre zurückliegen. Eine progressive Einkommens- und Besitzsteuer ist sicher die idealste Steuerreform, aber ihre Erträge genügen nicht.

Hinsichtlich des Ertrages viel verlockender sind die Verbrauchssteuern, z. B. Alkohol- und Tabaksteuern. Gegen diese indirekten Steuern haben die Gewerkschaften wie die Sozialdemokratie vor dem Kriege bekanntlich scharf Stellung genommen. Diese ablehnende Haltung erklärte sich aus dem Gegensatz, in dem Gewerkschaften und Sozialdemokratie zu dem Staat der Vorkriegszeit standen. Wir müssen uns heute entscheiden, ob wir einen Abbau der sozialen Leistungen zulassen oder eine Erhöhung der Verbrauchssteuern zugeben wollen. Im Gegensatz zu früher können wir diese veränderte Haltung zu den Verbrauchssteuern einnehmen, weil wir heute auf die Verwendung der Erträge einen stärkeren Einfluß haben.

Zusammenfassend erklärte Dr. Arons: Auch die Gewerkschaften würden für eine Senkung der Steuer eintreten, wenn der Stand der Reichsfinanzen eine solche Steuerpolitik erlaube. Die augenblickliche Lage erfordert aber ein besonderes Opfer, auch von den Arbeitern. Um so weniger kommt ein Steuererlass für andere Schichten in Betracht. Die Industrie muß ihre Sonderbelastung weiter tragen. Die Landwirtschaft kann die seit langem geforderte Übernahme der Rentenbankbelastung durch das Reich nicht erheben.

Die notwendige Steuererhöhung — das gleiche gilt von einer späteren Steuererleichterung — darf das jetzt bestehende Verhältnis von Massen- und Besitzsteuern nicht zumungunsten der Arbeiterklasse verschlechtern. Die Steuerreform darf nicht ausgenutzt werden zu einer Lastenverschiebung zugunsten des Besitzes.

Die Erörterungen von Dr. Arons, die die grundsätzliche Stellung der Gewerkschaften zu den Steuern umrissen, wurden durch den Vorsitzenden Graßmann zum Ausdruck ergänzt durch einen Bericht über die interfraktionellen Verhandlungen, die in den letzten Monaten über den Young-Plan und das Finanzprogramm stattgefunden haben.

Graßmann ging dann auf die Bedenken ein, die der Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch eine Gefahrgemeinschaft mit den anderen Versicherungsträgern entgegenstehen. Die Vertreter der Sozialdemokratie haben sich gegen alle diese Pläne gewehrt.

Im Anschluß an diese Ausführungen nahm der Vertreter der Sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Franz Spliedt, das Wort: Der Angriff auf die Arbeitslosenversicherung gilt nicht nur ihr, er gilt der Sozialversicherung überhaupt. Die Arbeitslosenversicherung ist nur als der jüngste Zweig der Sozialversicherung und nicht zuletzt aus dem Grunde, daß gerade bei einer willkürlichen Kompartimentierung der Unternehmer Grenzen zieht, das „volkstümlichste“

Angriffsobjekt. Man will ihre „Reform“... Tatsächlich erscheint die bisherige Reform vielfach als eine unerträgliche Härte.

Die Ursachen der Finanzkatastrophe der Reichsanstalt sind nicht Mängel in der Versicherung, sondern die Krise des Arbeitsmarktes. Das muß mit größtem Nachdruck festgestellt werden.

Der Gedanke der Beschäftigung aller Versicherungs-träger erscheint sehr plausibel, aber er ist geradezu unheilvoll. Abgesehen davon, daß die übrigen Sozialversicherungsträger in Bedrängnis gebracht würden, daß dem Wohnungsbau die Mittel weiter verknappt würden, soll eine solche Übertragung der Darlehenspflicht vom Reich auf die übrigen Versicherungen bewirken, daß der Gläubiger ein anderer wird.

Wir haben eine Erhöhung der Beiträge von 3/4 auf 4 v. H. vorgeschlagen. Hätten wir diese Erhöhung schon unmittelbar nach Inkrafttreten des Gesetzes, schon 1927 durchgeführt, so würde die Reichsanstalt in keine nennenswerten Schwierigkeiten geraten sein.

Der Staat, d. h. das Reich, hat in kritischen Zeiten für die Arbeitslosen zu sorgen und kann aus dieser Haftung nicht entlassen werden. Es gibt nur eine Lösung. Die Notzeit des Reiches fordert ein allgemeines Notopfer der Mehrverdiener, sie fordert es im Interesse der Arbeitslosen, sie fordert es in gleichem Maße für die Befreiung der Finanzen des Reiches.

Welcher vom Bundesvorstand sprach dann als letzter Redner in der Vormittags-sitzung über die schwere Belastung der Invalidenversicherung. 1924 hatten wir etwas über zwei Millionen Renten, 1928 waren sie auf über 2,9 Millionen angewachsen.

Dann ging Welker noch auf die zahlreichen sozialpolitischen Kampfschriften ein, die den Generalangriff auf die Sozialversicherung mit mehr oder minder wissenschaftlichen Argumenten stützen.

In der Diskussion wurden die Schwierigkeiten gekennzeichnet, die manche Bindungen und Wendungen im politisch-parlamentarischen Leben der jüngsten Zeit den Gewerkschaften bereitet haben.

Für Steuererhöhungen, die die Massen belasten, können die Gewerkschaften nur unter der Bedingung eintreten, daß feste Sicherungen auf sozialpolitischem Gebiete damit Hand in Hand gehen.

Als im vorigen Jahre Gewerkschaften und Partei Widerstand leisteten gegen den Antritt auf die Arbeitslosenversicherung, da war es möglich, die gefährlichen Anschläge der Gegner abzuwehren.

Als die Gewerkschaften die vor Jahren einsetzende Rationalisierung als notwendig und förderlich anerkannten, ließen sie die Bedingung, daß die Folgen der Rationalisierung nicht den Arbeitern aufgebürdet werden dürfen.

Die Gewerkschaftspresse beim Arbeitsminister.

Der Fachausschuß des ADGB für die Gewerkschaftspresse hat den Arbeitsminister gebeten, die Pressevertreter der Gewerkschaften zu allen Konferenzen des Ministeriums hinzuzuziehen, die sich mit Fragen beschäftigen, an denen die Presse interessiert ist.

Seine Herren! Die Anregung zu diesem Empfang ist, wie ich Ihnen bereits in meiner Einladung mitgeteilt habe, ausgegangen von dem Fachausschuß für die Gewerkschaftspresse des ADGB.

Die Einladung verhofft Ihnen eine Führung durch das Reichsarbeitsministerium; aber, meine Herren, eine Führung durch die Arbeitsämter meines Ministeriums würde Ihnen kaum eine Vorstellung geben von der Arbeit, die hier geleistet wird.

Wir schaffen uns die gesetzlichen Gesetze, die manchmal drängen im Volk anzuerkennen als gegenwärtige empfinden werden, manchmal auch entwürden. Dies aber doch jenseit dort, wo man die Sorgen des politisch und wirtschaftlich Tätigen sich weiter denkt als sie sind.

Wenn Sie - wir nur eins zu nennen, was uns als Gewerkschaftler allerdings sehr nahe geht - nur an das Problem der Arbeitslosenversicherung.

Wenn Sie - wir nur eins zu nennen, was uns als Gewerkschaftler allerdings sehr nahe geht - nur an das Problem der Arbeitslosenversicherung.

Wenn Sie - wir nur eins zu nennen, was uns als Gewerkschaftler allerdings sehr nahe geht - nur an das Problem der Arbeitslosenversicherung.

Wenn Sie - wir nur eins zu nennen, was uns als Gewerkschaftler allerdings sehr nahe geht - nur an das Problem der Arbeitslosenversicherung.

Wenn Sie - wir nur eins zu nennen, was uns als Gewerkschaftler allerdings sehr nahe geht - nur an das Problem der Arbeitslosenversicherung.

Wenn Sie - wir nur eins zu nennen, was uns als Gewerkschaftler allerdings sehr nahe geht - nur an das Problem der Arbeitslosenversicherung.

Wenn Sie - wir nur eins zu nennen, was uns als Gewerkschaftler allerdings sehr nahe geht - nur an das Problem der Arbeitslosenversicherung.

arbeitsministerium vom Jahre seiner Gründung - 1918 - an darstellt und ein Zahlen- und Tatsachenmaterial enthält, das jeder Gewerkschafter wie das tägliche Brot für seine Arbeit braucht.

Ich sagte anfangs, daß die in diesem Hause geleistete Arbeit sich nicht unmittelbar vergewissern ließe und sich darum schwer bildlich wiedergeben lasse. Wir haben dennoch den, wie ich glaube, gelungenen Versuch gemacht, eine gegenständliche Darstellung der praktischen Auswirkungen dieser Arbeit zu schaffen, und zwar in einer Ausstellung, die in diesem Hause in sieben Sälen mit rund 800 Quadratmeter Grundfläche untergebracht ist.

Ein Rundgang durch die Ausstellungsräume zeigte die Vielgestaltigkeit des Arbeitsgebietes im Reichsarbeitsministerium. Damit ist nun endlich die eigentlich selbstverständliche Verbindung für die Zukunft hergestellt.

Die „Helden“ von Küsselsheim sind keine Revolutionäre. Es ist wahr, daß nur revolutionäre Menschen die Geschichte gestalten, aber revolutionäre Gesinnung kommt nicht in lauten Worten oder rutilanten Taten zum Ausdruck.

Die „Helden“ von Küsselsheim sind keine Revolutionäre.

Es ist wahr, daß nur revolutionäre Menschen die Geschichte gestalten, aber revolutionäre Gesinnung kommt nicht in lauten Worten oder rutilanten Taten zum Ausdruck. Aus der Tiefe des Menschen wühlen der Ernst und die Ehrfurcht vor der Größe des Schaffens.

Die „Helden“ von Küsselsheim sind keine Revolutionäre. Es ist wahr, daß nur revolutionäre Menschen die Geschichte gestalten, aber revolutionäre Gesinnung kommt nicht in lauten Worten oder rutilanten Taten zum Ausdruck.

Baukonferenz im Gau 2.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Baukonferenz ab. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Loski und Frenzel (Magdeburg) gewählt.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Baukonferenz ab. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Loski und Frenzel (Magdeburg) gewählt.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Baukonferenz ab. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Loski und Frenzel (Magdeburg) gewählt.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Baukonferenz ab. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Loski und Frenzel (Magdeburg) gewählt.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Baukonferenz ab. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Loski und Frenzel (Magdeburg) gewählt.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Baukonferenz ab. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Loski und Frenzel (Magdeburg) gewählt.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Baukonferenz ab. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Loski und Frenzel (Magdeburg) gewählt.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Baukonferenz ab. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Loski und Frenzel (Magdeburg) gewählt.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Baukonferenz ab. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Loski und Frenzel (Magdeburg) gewählt.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Baukonferenz ab. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Loski und Frenzel (Magdeburg) gewählt.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Baukonferenz ab. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Loski und Frenzel (Magdeburg) gewählt.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Baukonferenz ab. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Loski und Frenzel (Magdeburg) gewählt.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Baukonferenz ab. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Loski und Frenzel (Magdeburg) gewählt.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Baukonferenz ab. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Loski und Frenzel (Magdeburg) gewählt.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Baukonferenz ab. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Loski und Frenzel (Magdeburg) gewählt.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Baukonferenz ab. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Loski und Frenzel (Magdeburg) gewählt.

in den letzten 280 Wochen. In der ersten Februarwoche hatten wir bereits 7502 bewilligte Anträge, davon entfallen auf Gau 2 - 883 Anträge.

Die Rente, die wir zahlen, beträgt zur Zeit pro Monat rund 70 000 Mk. - über die Referate Krause und Karl fand eine lebhafte Diskussion statt. Faust (Magdeburg): Die Lokalkassenaufstellung und die Unterkassungen dürfen nicht abgebaut werden.

Die Rente, die wir zahlen, beträgt zur Zeit pro Monat rund 70 000 Mk. - über die Referate Krause und Karl fand eine lebhafte Diskussion statt.

Die Rente, die wir zahlen, beträgt zur Zeit pro Monat rund 70 000 Mk. - über die Referate Krause und Karl fand eine lebhafte Diskussion statt.

Eine Zahlstellenleiterkonferenz im Gau 5

Am 7. Februar 1930 in Königsberg i. Pr. statt. Es waren sechs Zahlstellen und die Gauleitung vertreten. Als Tagesordnung war vorgelesen:

1. Die finanzielle und organisatorische Entwicklung im Gau 5.
2. Durchführung der Lohnbewegungen in der Ziegelindustrie.
3. Die kommunistische Gewerkschaftsopposition innerhalb unseres Gaus.
4. Unsere Agitationsarbeit.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent und dürfte im Laufe des Monats Januar noch über 40 Prozent gestiegen sein.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Gauleiter Kollege Vogel einen Bericht über die finanzielle und organisatorische Lage im Gaugebiet. Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern betrug im Dezember 1929 bereits 34,9 Prozent.

Frauenfragen.

Arbeiterin und Betriebsratswahlen. Im März finden alljährlich die Betriebsratswahlen statt. Die organisierte Arbeiterin hält diese Wahlen für sehr wichtig.

Arbeiterin und Betriebsratswahlen. Im März finden alljährlich die Betriebsratswahlen statt. Die organisierte Arbeiterin hält diese Wahlen für sehr wichtig.

Arbeiterin und Betriebsratswahlen. Im März finden alljährlich die Betriebsratswahlen statt. Die organisierte Arbeiterin hält diese Wahlen für sehr wichtig.

Arbeiterin und Betriebsratswahlen. Im März finden alljährlich die Betriebsratswahlen statt. Die organisierte Arbeiterin hält diese Wahlen für sehr wichtig.

weibliche Arbeitskräfte in den Produktionsprozess hinein-gezogen werden. Selbst die verheiratete Frau ist zum Mit- verdienen gezwungen.

Die denkende Arbeiterin sieht diese Entwicklung und versucht, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Die stetig steigenden Zahlen der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften beweisen es. Die berufstätige Frau weiß heute sehr wohl, daß sie allein zu schwach ist, um sich durchzusetzen, und schließt sich daher mit ihresgleichen zusammen. Die Vertretung ihrer Interessen überläßt sie jedoch meist den Kollegen. Es ist keine Seltenheit, daß in Betrieben mit vorwiegend Arbeiterinnen der Arbeiterrat nur aus Männern besteht, höchstens daß eine Vertreterin der Frauen dabei ist. Und doch ist gerade hier die Mitarbeit der Frau notwendig. Es müssen so viele Fragen behandelt werden, für die das weibliche Betriebsratsmitglied mehr Verständnis hat als das männliche. Schon bei der Regelung und Einteilung der Arbeitszeit und der Pausen zeigt sich das. Hier kann die Frau den Bedürfnissen der Kolleginnen, die einen eigenen Haushalt und vielleicht auch noch Kinder zu versorgen haben, entgegenkommen. Den Ankleide- und Aufenthaltsräumen wird sie ihre besondere Beachtung schenken. Ihr Verständnis für die schwere Lage ihrer Mitschwester kann manche Schwierigkeit aus dem Wege räumen. Die Kollegen werden ihre Mitarbeit bald schätzen; ja es sind Fälle bekannt, wo das eine weibliche Mitglied die Seele des ganzen Betriebsrates ist. Aber auch in Lohn- und Akkordfragen wird die Frau die Leistungen der Arbeiterinnen besser beurteilen und notwendige Verbesserungen vorschlagen können.

Um aber einer tüchtigen Betriebsvertretung alle diese Arbeiten zu ermöglichen, ist es in erster Linie notwendig, daß sich alle Arbeiterinnen an den Betriebsratwahlen beteiligen. Werden Versammlungen zur Aufstellung der Kandidatenlisten einberufen, so muß es jede Kollegin möglich machen, daran teilzunehmen. Hier darf es keine Entschuldigung geben, denn nur, wenn die Frauen sich für ihre eigene Sache einsetzen, werden sie Erfolg haben.

Geeignete Arbeiterinnen sollen sich auch gern bereifinden, das Ehrenamt als Betriebsrat zu übernehmen. Mit etwas gutem Willen macht man sich schnell mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut. Verstärkte Kollegen werden bereit sein, zu raten, wenn es einmal notwendig sein sollte.

Aber auch am Wahltag muß die Arbeiterin für ihre eigene Sache tätig sein. Sie soll nicht nur selbst die von ihrer Organisation aufgestellte Liste wählen, sondern auch sämtliche Mitarbeiterinnen aufklären und zur Ausübung ihres Wahlrechts anhalten. Hat die Arbeiterin so ihre Pflicht getan, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Die Praxis lehrt doch täglich, daß in den Betrieben die besten Lohn- und Arbeitsbedingungen vorhanden sind, wo die Betriebsvertreterungen, gestützt auf die gut organisierte Belegschaft, ihren gesetzlichen Aufgaben gerecht werden können.

Hannchen Hackmann.

Sieh dich vor!



Aus der Broschüre „Augen auf! Das Blickelein zur Unfallverhütung für jung und alt“, 2. Ausgabe.

Kinderzahl und Lebenshaltung in den Arbeiterfamilien.

Die nähere Prüfung der vom Deutschen Statistischen Reichsamt veranstalteten Erhebung über den Arbeiterhaushalt ergibt bemerkenswerte Einzelergebnisse. Gerade die letzten Untersuchungen, die die Verschiebungen in der Zusammensetzung der Ausgaben bei steigender Kinderzahl zum Ausgangspunkt haben, ergeben lehrreiche Aufschlüsse. Das erste ins Auge fallende Ergebnis ist naturgemäß das Anwachsen des Anteils der reinen Ernährungs- kosten, die beim kinderlosen Haushalt 36,5 Prozent des Einkommens, im Haushalt mit 1 Kind 42,7 Prozent, mit 2 Kindern 45,0 Prozent, mit 3 Kindern 48,0 Prozent und mit 4-6 Kindern sogar 50,8 Prozent, also mehr als die Hälfte des Gesamteinkommens ausmachen. Die Ernährung wird mit wachsender Kinderzahl einfacher und qualitativ schlechter, indem stärker die billigen pflanzlichen Nahrungsmittel, Brot, Kartoffeln usw. an die Stelle der teuren tierischen Nahrungsmittel wie Fleisch, Käse und Butter treten. Die Ausgaben für tierische Nahrungsmittel steigen beispielsweise bei einer Familie mit 4 Kindern gegenüber einem kinderlosen Ehepaar von 18,6 auf 25,1 Prozent des Gesamteinkommens, erhöhen sich also nicht einmal um die Hälfte, während der Brotkonsum, der 1,8 Prozent des Einkommens beim kinderlosen Ehepaar, dagegen 5,6 Prozent bei einer Familie mit 4 Kindern ausmacht, um mehr als das Dreifache ansteigt. Der Kartoffelverbrauch steigt ähnlich um das 2,7fache. Auch bei den übrigen Ausgaben zeigt sich deutlich bei steigender Kinderzahl die Notwendigkeit, bestimmte Bedürfnisse einzufordern. Für Wohnungseinrichtung kann beispielsweise der kinderlose Haushalt 6,8 Prozent des Einkommens verwenden, der Haushalt mit 2 Kindern nur 3,8 Prozent, der mit 4 Kindern 4,1 Prozent. Für Körperpflege fallen die Ausgaben von 1,1 auf 0,5 bzw. 0,6 Prozent des Einkommens. Besonders stark ist der Rückgang des Anteils für Vergnügungen und andere gesellige Anlässe. Hierfür kann das kinderlose Ehepaar 1,8 Prozent, das Ehepaar mit 1 Kind 1,1 Prozent, mit 2 Kindern 0,7 Prozent, mit 3 Kindern 0,6 Prozent und mit 4 bis 6 Kindern nur noch 0,5 Prozent des Gesamteinkommens ausgeben. Da auch auf die Kinder ein gewisser Anteil der Ausgaben für Vergnügen entfallen dürfte, ist die tatsächliche Einschränkung, die die Eltern sich auferlegen, wahrscheinlich noch größer, als aus der Ausgabenverminderung je Haushalt hervorgeht. Die Ersparnisse, die in den kinderlosen Haushalten auf 81 Mk. im Jahre sich stellten, sanken auf 15 Mk. in den Haushalten mit 4 bis 6 Kindern.

Wirtschaftliches.

Die Großhandelspreise sinken, aber nicht die Lebenshaltungskosten.

Die Rohstoffe und Lebensmittel, die einen Weltmarktpreis haben, weisen einen starken Preisrückgang auf. In einem Land ohne Zölle auf Rohstoffe und Lebensmittel, wie in England, läßt sich dieser Rückgang am leichtesten beobachten. Seit 1924 sanken die Großhandelspreise in England im allgemeinen um 24 Prozent, die Großhandelspreise für Lebensmittel allein um 24,6 Prozent. Dagegen zeigen die Kosten der Lebenshaltung Januar 1930 gegenüber 1924 einen Rückgang um nur 6,2 Prozent. Bei Lebensmitteln allein zeigt der Kleinhandelspreis gegenüber 1925 einen Rückgang von nur 11,8 Prozent. Der außerordentlich große Preisfall des Jahres 1929 tritt in den Lebenshaltungskosten kaum in Erscheinung. In England wie in anderen Ländern zeigt sich, wie wenig der Kleinhandel noch rationalisiert ist, und in welchem Umfang die Lebenshaltung durch die Kosten des Zwischenhandels, die, statt zu sinken, überall eine steigende Tendenz aufweisen, verteuert wird.

Die Unsinnigkeit der hohen Zollerhöhen.

Wie deutlich Zollerhöhungen für bestimmte Waren auf andere Wirtschaftgebiete wirken, zeigt der Januarbericht des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten. Es wird dort u. a. ausgeführt, daß aus Holland, Dänemark, Finnland, Lettland, Estland und Litauen immer zahlreichere Nachrichten über Boykottbewegungen gegen deutsche Waren einlaufen. Besonders richtet sich der Boykott gegen deutsche Maschinen.

Den „Neutralen“ und Unorganisierten.

Auf der einen Seite meines Mundes
Macht mir Zahnweh alles Heiße,
Alles Kalte macht mir hingegen
Zahnweh auf der anderen Seite.
Sprach ein Freund: So mußt du Laues nehmen,
Daß es keinen Teil beleid'ge.
Laues nahm ich; doch des Mundes diese
Seite, die nichts Kaltes leidet,
Nahm das Laue selbst für kalt, und jene
Nahm das Laue selbst für Heißes.
Lieber nehm ich Heißes oder Kaltes,
Um es nur mit einem Teile
Zu verderben, weil ich mit der Laueit
Es verderb' mit allen beiden.

Friedrich Rückert.

Begründet werden diese Bewegungen damit, daß Deutschland durch seine Zollerhöhungen für Agrarzeugnisse die Ausfuhr dieser Länder schwer geschädigt habe. Die Maschinenindustriellen geben der Hoffnung Ausdruck, daß alles vermieden werden müßte, was derartigen Bestrebungen weitere Nahrung geben könnte. Wenn schon die beschlossenen Zollerhöhungen derartige Auswirkungen haben, was würde dann erst für ein Sturm eingetreten sein, wenn die Forderungen der Schleie und Genossen zur Tatsache geworden wären! Die Mahnung der Maschinenindustriellen ist sicher beachtlich; ob sie die beabsichtigte Wirkung auf die Interessenten an hohen Agrarzöllen ausüben wird, ist fraglich.

Genossenschaftsbewegung.

Die Zündholzfabrik der G. G. niedergebrannt.

Ein Großfeuer zerstörte die Zündholzfabrik der Großeinhandelsgeellschaft der deutschen Konsumvereine in Lauenburg fast völlig. Es verlautet, daß der Brand durch die Explosion von Zündholztransporten entstanden sei, sich mit rasender Geschwindigkeit ausgebreitet und das ganze Gebäude ergriffen habe. Die Bekämpfung des Feuers war der Explosionsgefahr wegen sehr schwer, doch gelang es schließlich, den Brand auf das erfasste Gebäude zu beschränken und die benachbarten Wohnhäuser zu retten. Der Betrieb wird wahrscheinlich auf kürzere Zeit stillgelegt werden müssen. Der materielle Schaden ist sehr bedeutend.

Ausland.

Immer noch keine Sozialversicherung in Frankreich.

(G. B.) Zwei Jahre hat die französische Regierung Zeit gehabt, um die Inkraftsetzung des Gesetzes betr. die Kranken-, Mutterchafts-, Invaliditäts-, Alters- und Sterbeversicherung vorzubereiten. Mehr als ein Jahr hat sie gewartet, bis sie dem Parlament den ersten „berichtigenden Entwurf“ unterbreitete, der u. a. Fehler korrigieren soll, die angeblich die Durchführung des Gesetzes unmöglich machen würden.

Jetzt wurde der Tag des offiziellen Inkrafttretens des Gesetzes (5. Februar) der Zeitpunkt einer neuen Verfassung. Auch jetzt noch ist der nach der großen Interpellationsdebatte in der Kammer schließlich zur Annahme gelangte Beschluß nur ein Ausdruck des guten Willens. Hätte nicht Ministerpräsident Lardies die Zustimmung der Unterbreitung der endgültigen Texte vor dem 1. Juli gegeben, so wäre neuen Verschleppungen Tür und Tor geöffnet. All dies ist um so unbegreiflicher, als die Gegner des Gesetzes, d. h. jene, die das Gesetz mit „Zustimmungen im Prinzip langsam töten möchten, eine wirklich jämmerliche Figur machen und sich eigentlich darauf beschränken müssen, Behauptungen zu wiederholen, die der Arbeitsminister vor der Kammer im Namen der Regierung bereits offiziell als tendenziös und lägerisch zurückgewiesen hat. Diese Leute, denen sonst angeblich das Ansehen Frankreichs in der Welt so sehr am Herzen liegt, haben Frankreich einen schlechten Dienst erwiesen, indem sie der Welt noch einmal Gelegenheit geben, die Rückständigkeit ihres Vaterlandes anzuprangern. Sie können es sich nun hinter die Ohren schreiben, was ihnen u. a. ein jenseitiges Frankreich äußerst freundlich gesinntes bürgerliches Blatt Hollands bei dieser Gelegenheit zu sagen hat: „Auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge gehört Frankreich zu den rückständigsten Ländern der Welt.“ Das Blatt stellt in der Folge fest, daß es sich aber nicht nur um das Prestige Frankreichs, sondern auch um sein Los als Agrarland handelt: „Die Entvölkerung Frankreichs, die Frucht der Stadt, ist zu einem großen Teil auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Landbevölkerung gegen das Alter unversichert ist, während die Lebensansichten jener, die sich in der Stadt durchzusetzen vermögen, größer sind.“

In seiner Kammerrede hat der Arbeitsminister Loucheur diese Tatsachen bestätigt und sie mit folgender Feststellung ergänzt: „Im Jahre 1880 war Frankreich in Europa das Land mit der kleinsten Sterblichkeitszahl; dieselbe war 20 Prozent geringer als in Deutschland. Bis zum Jahre 1930 ist die Sterblichkeitszahl in Frankreich so gestiegen, daß sie nun 25 Prozent über der deutschen Zahl steht. Warum? Deutschland hat die Sozialversicherung eingeführt!“

Im übrigen hat der Arbeitsminister drei Versprechen gemacht, die für die Arbeiterschaft von größter Wichtigkeit sind und deshalb hier festgehalten werden sollen: 1. Der Arbeiter hat in der Wahl der Primärkassen, der er sich anschließen soll, volle Freiheit. 2. Autonomie der Versicherten in der Verwaltung der Kassen. 3. Die vorgezeichneten Beiträge sollen aufrechterhalten bleiben.

Wird nun die Zeit bald kommen, wo die Meldung „Verschleppung der Sozialversicherung“ nicht mehr zur regelmäßigen Berichterstattung über Frankreich gehört? Wird die Vernunft sich endlich Bahn brechen, nicht nur im Hinblick darauf, daß Frankreich eine Sozialversicherung braucht, sondern vor allem deshalb, weil es durchaus lächerlich ist, wenn die Reaktion glaubt, die Einführung dieser Reform aufhalten zu können?

Auch in Rußland „Reform“ der Arbeitslosenversicherung.

In Rußland wurde eine Reform der Arbeitslosenversicherung beschlossen. Die Abänderung der bisherigen Arbeitslosenversicherung stellt einen Abbau dar. Die Anwartschaft wurde erheblich verlängert. Der organisierte Arbeiter hat nach der neuen Regelung nur noch ein zweijährigen Anwartschaftszeit, der unorganisierte nach einer dreijährigen ein Recht auf Arbeitslosenunterstützung. Bei der Prüfung der Bedürftigkeit werden nicht nur die Einkünfte der Ehefrau, sondern auch die der mit dem Arbeitslosen wohnenden Kinder und Eltern in Rechnung gezogen. Insbesondere wurden die Bestimmungen gegenüber den Arbeitslosen, die aus der Landwirtschaft kommen, verschärft. Dieser Teil der Reform weist auf die eigentliche Ursache der Verschlechterung der russischen Arbeitslosenversicherung hin, nämlich auf die immer mehr steigende Landflucht, auf die zunehmende Einwanderung in die Stadt, die die städtische Arbeitslosigkeit steigert.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Das „Christliche“ Flugblatt.

Der Christliche Fabrikarbeiterverband bringt zahlreiche Flugblätter auf den Markt, die selbstverständlich dem christlichen Geist vollkommen vermissen lassen. Jedes Flugblatt dieses Verbandes ist ein Flugblatt gegen den freien Fabrikarbeiterverband. Ursache: Neid, auch eine recht unchristliche Eigenschaft.

Nun hat unser Verband dem christlichen durch ein Flugblatt geantwortet, und nun ist der Teufel los. Die Nr. 4 der christlichen „Gewerkschaftsstimme“ vom 15. Februar 1930 brachte einen von Entrüstung, Beleidigungen, Verdächtigungen und Unwahrheiten strotzenden Artikel. Auf zwei Spalten kocht und brodelt das Blut des Schreibers; er schleudert Bannstrahlen gegen den Feind, den freien Fabrikarbeiterverband. In einer furchtbaren Spannung hat der mit Energien geladene Denkkapparat unseres christlichen Freundes folgenden Satz verbrochen:

„Jawohl, zum Zaublen sind alle willkommen (im freien Fabrikarbeiterverband. Die Red.), aber auch nur zum Beitragzahlen. Selbst Kommunisten — — — werden heute in Scharen an die Luft gefeht.“

Einen solchen Satz kann man nur schreiben, wenn man die Ruhe verloren hat. Deshalb gehen wir auf den Inhalt des ganzen Artikels nicht ein, weil er von Anfang bis zu Ende erkennen läßt, daß er in einer äußerst gereizten Stimmung geschrieben ist. Die Kollegialität gebietet uns, diese Tatsache zu würdigen und ihr Rechnung zu tragen.

Rundschau.

Weiterer Geburtenrückgang in den deutschen Großstädten 1929.

Das Deutsche Statistische Reichsamt veröffentlicht soeben die Ergebnisse einer Sonderuntersuchung über die Bevölkerungsbewegung in den deutschen Großstädten in dem Jahre 1929. Auffällig ist der weitere Geburtenrückgang von 13,6 von Tausend im Jahre 1928 auf 13,4 von Tausend im Jahre 1929, womit die Zahl der Lebendgeborenen sogar noch hinter der — abgesehen von den Kriegsjahren — bisher kleinsten Geburtenzahl des Jahres 1927 zurückblieb. Da zugleich infolge der strengen Witterung im ersten Jahresviertel und infolge der Grippeepidemie die Sterbefälle von 10,6 auf 11,5 pro Tausend stiegen, ging der Bevölkerungsüberschuß von 3,0 pro Tausend im Jahre 1928 auf 1,9 pro Tausend im Jahre 1929 zurück, so daß bereits gegenwärtig die Bevölkerung der Großstädte aus sich heraus, ohne Zuwanderung von außen her, stagniert. Wenn die Zahl der Eheschließungen 1929 etwas größer war als in neuerer Zeit (10,4 gegen 10,2 pro Tausend im Jahre 1928), so ist diese Zunahme nur rechnermäßig, da zur Zeit infolge des starken Geburtenrückgangs der Anteil der im heiratsfähigen Alter stehenden Personen eine starke Zunahme erfahren hat. Wichtiger ist, daß das Heiratsalter gegenwärtig wesentlich höher als in der Vorkriegszeit ist, was zweifellos geburtenmindernd wirken muß. Was die vier größten deutschen Städte anlangt, Berlin, Köln, Hamburg und München, so haben Berlin und München gegenwärtig bereits einen Bevölkerungsrückgang (Berlin mit 2,5 und München mit 0,1 pro Tausend), während Hamburg und Kölns Bevölkerung noch einen kleinen Geburtenüberschuß aufweisen.

Ein neues Verfahren zur Torfverwertung.

Nach dem „Ämlichen Preussischen Pressedienst“ ist ein neues Verfahren zur Gewinnung von Preßkohlen aus Torf erfunden worden. Norddeutschland verfügt über rund 1.280.457 Hektar technisch nutzbarer Moore. Bei einer vorläufig angenommenen Tiefe von 3 Meter entspricht diese Zahl einer Menge von rund 38 Milliarden Tonnen Torf. Darin befindet sich viel Wasser, aber im lufttrockenen Zustande ist noch immer mit etwa 5 Milliarden Tonnen Torfbrennstoff zu rechnen. Bei einem Heizwert von 3000 Kalorien sind dies 14.500 Milliarden Kalorien. Das entspricht einer Menge von 5,8 Milliarden Tonnen Braunkohle bzw. 1,8 Milliarden Tonnen Steinkohle. Das neue Verfahren ermöglicht eine

Produktion im Winter und bietet auch sonst bezüglich des Produktionsvorgangs ungeheure Vorteile. Mittels des neuen Verfahrens ist der Torf ohne weiteres auch ohne bindende Zulage brikkierbar. Torfbrikette sollen den Braunkohlenbriketten durchaus gleichwertig und von diesen kaum zu unterscheiden sein. Die Torfgewinnung auf rentabler Grundlage ist besonders für die abgelegenen Gebiete von großem Vorteil. Ein Waggon Braunkohlenbrikette nach Ostpreußen erfordert 150 Mk. Frachtkosten. Auf der anderen Seite hat Ostpreußen einen Torfvorrat, der einer Braunkohlenmenge von 1,2 Milliarden Tonnen entspricht. Es wäre ein wirtschaftlicher Vorteil, wenn auf den Torfvorräten Pommerns und Ostpreußens Fernkraftwerke aufgebaut werden könnten.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang Februar 1930.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich weiter verschlechtert. Trotz der milden Witterung, die eine Welterfrierung der Außenarbeiten ermöglicht, ist die Zahl der Arbeitslosen weiter gestiegen. Im Monat Januar ist eine Steigerung der unterstützten Arbeitslosen einschließlich Krisenunterstützte um 470 000 eingetreten, gegenüber dem Vorjahre zirka 50 000 weniger. Die Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung über die wahrscheinliche Zahl der unterstützten Arbeitslosen für Ende Januar 1930, die nach der wahrscheinlichen Steigerung der Saisonarbeitslosen vor drei Monaten zu erwarten war, ist um zirka 300 000 übertrieben. Im Vergleich zum Vorjahre liegt die Zahl der unterstützten Arbeitslosen um zirka 90 000 höher, während sie in der Zeit der niedrigsten Arbeitslosigkeit des Jahres 1929 um zirka 250 000 gegenüber dem Vorjahre höher war.

Die Statistik ergibt, daß im Dezember 1929 in den wichtigsten Betrieben der chemischen Industrie im Landesarbeitsamtsbezirk Hessen 12,3 v. H., in Mitteldeutschland 13 v. H., in Bayern 9,9 v. H., in Niederfachsen 9,3 v. H., in Rheinland 11,2 v. H., in Brandenburg 7,5 v. H. und im Deutschen Reich 10,1 v. H. weniger beschäftigt waren als um die Mitte des Jahres. In Bayern einschließlich Pfalz waren sogar 12,7 v. H. weniger Arbeitskräfte beschäftigt als im Januar 1928. Im Deutschen Reich betrug der Rückgang gegenüber Januar 1928 3,1 v. H. und 7,8 v. H. gegenüber Dezember 1928. Das bedeutet, daß infolge rationalisierter Arbeitsmethoden die Produktion, wie die Steigerung des Außenhandels in chemischen Produkten beweist, außerordentlich gestiegen ist, während die Zahl der Arbeiter sich wesentlich vermindert hat.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug am 31. Januar 1930 rund 2 250 000, die der Krisenunterstützten 250 000.

Von unserer Arbeitslosenstatistik Ende Januar wurden 458 808 Mitglieder erfasst, das sind zirka 97 Prozent der Gesamtmitgliedschaft; 30 Jahrestellen mit zirka 9000 Mitgliedern fielen in der Berichterstattung aus. Die Berichtskarten gingen entweder gar nicht oder verspätet ein. Von den von der Statistik erfassten Mitgliedern waren insgesamt 93 300 oder 20,4 v. H. arbeitslos und 48 062 oder 10,5 v. H. arbeiteten verkürzt. Ende Dezember waren 19,3 v. H. Arbeitslose und 6,9 v. H. Kurzarbeiter. Die Verhältniszahl für Kurzarbeiter ist um über 60 Prozent zugenommen, ein Merkmal der Konjunkturverschlechterung. Die Verhältniszahl für die vollarbeitenden Mitglieder des Verbandes für Ende Januar 1930 betrug 76 v. H., hingegen in der gleichen Zeit des Vorjahres 82,3 v. H., das ist eine Steigerung der Gesamtarbeitslosigkeit um 7,3 v. H.

In Anbetracht der milden Witterung dieses Winters ist die starke Steigerung der Arbeitslosigkeit auf die allgemeine Verschlechterung der Konjunktur zurückzuführen. In der Tat zeigen alle vorwiegend konjunkturrempfindliche Industrien gegenüber dem Vorjahre eine außerordentliche Steigerung der Arbeitslosigkeit: Metall-, Papier-, Chemie-, Holzindustrie usw., die weit über das Saisonübliche hinausgehen.

Wie sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industriegruppen des Verbandes gestaltet, geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Die allgemeine Konjunkturlage in Deutschland dürfte nicht eher einen Umbruch erfahren, bis der außerordentliche Kapitalmangel der öffentlichen Hand beseitigt wird. Die Einschränkung der Bauaufträge, die dem Reich, den Ländern und den Gemeinden durch den Kapitalmangel aufgezwungen ist, verschlechtert die an und für sich sehr ungünstige Lage des Baumarcktes außerordentlich stark. Auch ganz allgemein vom Standpunkt der Weltkonjunktur betrachtet, muß die erhoffte Besserung der Konjunktur in Deutschland hauptsächlich von der besseren Befriedigung des inländischen Warenbedarfs erwartet werden. Nach den Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung ist die Zahl der Länder, in denen ungünstige Konjunktur oder allgemeine Verschlechterung herrscht, weit größer als die Zahl derer, in denen sich die Konjunktur gebessert hat. Noch ungünstiger erscheint das allgemeine Bild, wenn wir die Bedeutung der Staaten als Absatzländer für die deutsche Industrie in Betracht ziehen: Die Länder mit verbesserter Konjunktur erhalten 12,3 Prozent, die Länder mit günstiger Konjunktur 6,8 Prozent, hingegen mit leichten Rückgangsercheinungen 16 Prozent, mit stärkerer Verschlechterung 40,6 Prozent, mit ungünstiger Konjunktur 19,3 Prozent der deutschen Ausfuhr.

	Ende Dezember 1929		Ende Januar 1930	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Fabrikarbeiterverband, insges.	19,8	17,8	19,3	21,3
In der Industriebranche:				
Chemie	11,6	14,3	12,3	11,8
Papier	8,3	8,8	8,4	8,5
Nahrungsmittel	11,8	37,0	19,2	13,0
Spielwaren, Blumen usw.	27,1	21,6	24,0	37,8
Sonstige Industrien	27,7	16,4	24,7	29,5
Keramischer Bund, insgesamt	28,8	18,1	26,8	30,0
a) Porzellan	15,2	11,2	13,7	16,2
b) Glas	15,4	13,1	15,1	17,6
c) Grobkeramik usw.	40,7	33,5	39,9	41,5
Es arbeiteten verkürzt:				
Fabrikarbeiterverband, insges.	6,0	9,9	6,9	9,1
In der Industriebranche:				
Chemie	6,8	17,5	8,5	11,0
Papier	5,3	11,6	6,7	7,8
Nahrungsmittel	1,0	0,2	0,8	4,2
Spielwaren, Blumen usw.	30,3	22,0	25,6	33,9
Sonstige Industrien	4,3	10,1	5,8	4,1
Keramischer Bund, insgesamt	6,0	7,6	6,3	8,8
a) Porzellan	9,9	8,5	9,4	18,5
b) Glas	2,9	1,6	2,7	8,5
c) Grobkeramik usw.	6,3	10,4	6,7	5,5

Eine Wendung zum Besseren in der deutschen Wirtschaft muß hauptsächlich von der inländischen Bedarfsseite kommen.

Es arbeiteten verkürzt:

	Ende Dezember 1929	Ende Januar 1930
Fabrikarbeiterverband, insges.	6,0	9,9
In der Industriebranche:		
Chemie	6,8	17,5
Papier	5,3	11,6
Nahrungsmittel	1,0	0,2
Spielwaren, Blumen usw.	30,3	22,0
Sonstige Industrien	4,3	10,1
Keramischer Bund, insgesamt	6,0	7,6
a) Porzellan	9,9	8,5
b) Glas	2,9	1,6
c) Grobkeramik usw.	6,3	10,4

Auch in den Industrien unseres Verbandes sind weitere Verschlechterungen, wenn auch nicht erhebliche, eingetreten. Jedes fünfte Mitglied ist arbeitslos und jedes zehnte Mitglied muß verkürzt arbeiten. Die Arbeitslosenkrisis von 1930 ist eine der schwersten, vielleicht auch die schwerste überhaupt seit 1918. Wir empfinden sie schwerer, weil die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zukunftsaussichten ungünstiger sind denn je. Die Hoffnung auf die günstigen Auswirkungen der Rationalisierung sind geschwunden. Die Zahl der Arbeitenden hat sich verringert, die Produktion hingegen ist gestiegen. Aber die Verringerung der Arbeitskräfte in der chemischen Industrie einige Feststellungen aus der Krankenkassenstatistik der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung:

In der chemischen Industrie ist eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat nicht eingetreten. Gering ist auch die Steigerung in der Papierindustrie, in der Nahrungsmittelindustrie sogar ein Rückgang, starke Steigerung in der Gruppe Spielwaren, desgleichen in der feinkeramischen und Glasindustrie. Die Steigerung in der Gruppe Grobkeramik ist unbedeutend. Hier ist allerdings fast die Hälfte der Mitglieder arbeitslos oder muß verkürzt arbeiten. Die Kurzarbeit ist in allen Industrien erheblich gestiegen mit Ausnahme der Gruppe Grobkeramik.

Der Mitgliederbestand einer bestimmten Zahl von Betriebskrankenkassen, die zirka 57 Prozent der in der chemischen Industrie Beschäftigten umfassen (berechnet nach der Berufs- und Betriebszählung von 1925), zeigt folgende Veränderungen:

Nach der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit innerhalb des Verbandes hat den ungünstigsten Beschäftigungsgrad die Provinz Ostpreußen mit 40 v. H. Arbeitslosen; auch ein Beispiel für die ungünstige wirtschaftliche Lage unserer östlichen Grenzmark. Dann folgen Pommern mit 31,5 v. H., Hessen und Hessen-Nassau mit 23,9 v. H. und Schlesien mit 22,9 v. H. Die niedrigste Arbeitslosigkeit melden die Pfalz und Nordbaden mit 13,1 v. H. Hier zeigt sich auch ein unbedeutender Rückgang der Arbeitslosigkeit. Verhältnismäßig stark ist der Rückgang im Gau Niederrhein von 26,4 auf 15,7 v. H., der von den Gruppen Chemie und Grobkeramik ausgeht, während die Papierindustrie eine erhebliche Steigerung der Arbeitslosigkeit im Gau aufweist.

Landesarbeitsamtsbezirk	1928		1929	
	Juli	Dezember	Juli	Dezember
Brandenburg	119,9	117,2	123,5	116,1
Niederfachsen	103,9	106,6	106,7	96,3
Rheinland	116,2	118,1	121,5	110,3
Hessen	108,0	105,3	109,1	96,8
Mitteldeutschland	104,0	105,4	107,7	94,7
Bayern, einschl. Pfalz	97,8	97,1	97,6	87,7
Südwestdeutschland	98,6	100,7	105,5	99,7
Deutsches Reich	104,6	104,7	107,0	96,9

Literarisches.

Wahre Geschichten von Piraten und Menschenfressern. — In einer ähnen Spielstätte in Sydney hat ein 13jähriger Hamburger Junge, Schiffsjüngling zwei Berufsfechter im Sabelkampf zusammen. Als Lohn soll er 5 Pfund Sterling erhalten. Als der dreiköpfige Draufgänger am Morgen mit schwerem Schädel und — leeren Taschen erwacht, fährt er auf einer „Raabhandler“-Bark schon auf hoher See: „geschwommen in Sydney!“, „Raabhandler! — das waren Schiffe, die „Fleisch“, Menschenfleisch, in die Hölle brachten; in die Bergwerke der Weissen. Dieses Ereignis wurde richtungsgewiss für das weitere Leben des intelligenten jungen Raabhandlers. Ein halbes Jahr später hat er es bereits zum second in command gebracht. Gehorsam erzwungen sich der Kette, wenn es sein muß, mit der Pistole in der Hand. Sein anrüchlicher Beruf führt ihn bald mit dem verkommenen Südgeeßel zusammen. Seine Latzen sehen die Sübze in Schrecken. In blutigen Kämpfen mit malaiischen Piraten gewinnt er einen Ruf, der von Musik umkleidet ist. Um seine gefährlichsten Konkurrenten aus dem Wege zu räumen, schießt er — ein kleiner Napoleon der Sübze — ein Bündnis mit einem Kanibalenstamm. Mit einer tapferen weißen Frau, die in die dick und dünn zu ihm hält, wird er als geehrter Gast Zeuge entsetzlicher Menschenfresserei, muß dabei sein, wie Gansene „à la Schweine!“, „Langschwein!“, — bergerichtet und verrippt werden. — Jetzt lebt Kapitän J. C. Raabe, der alte Raabhandler, in friedlichem Ansehen in Jersey City. Die Perlenfischerzeit hat ihm viel Leid, aber auch viel Geld gebracht. Seitdem Freund Jack London glückte es, den Alten zur Niederchrift seines Lebens zu bewegen. Daraus ist sein schonerlich-schönes Buch „Kanibalenmärkte“ (450 Mk. Brochschau, Leipzig) geworden. Es ist eins der letzten seiner anstrebenden Gattung. Es erweckt eine romantische, ursprünglich triebhafte, oft unmenüschlich brutale und heute verschollene Welt zu neuem sprühhaften Leben. Noch lange dröhnen dem gedanklichen Leser das gespenstische Lora-Lora der Trommeln und der anreizende Klang der Konchenschelchörner zu den Schreien der Jajajajaj in den Ohren. . . .

und Gewalt. Bei Jajaju äußert sich die Rebellion noch in den primitivsten Formen und ganz individualistisch. Er sieht nicht über die Kirchturnspitze von Worowo hinaus. Andreas blickt schon ein Stück weiter. Aber solange er in der Kleinstadt bleibt, gewinnt er keine klare Erkenntnis über seine Klassenzugehörigkeit. Zur Partei kommt er erst nach dem Kriege, der ihm die Augen öffnet, und nachdem die nachsichtigen Klaffengegner den freimütigen Bekenner aus der Heimat in die Großstadt vertrieben haben. Auch wer das Buch lediglich als Dichtung liest, wird seine Freude an ihm haben. Namentlich die Frauen werden es lieb gewinnen. Mit welcher rührenden Liebe hat aber auch unser Dichter die Figur der Mutter des Andreas gekennzeichnet! — Der „Wäckerkreis“ hat dem Buche eine würdige Ausstattung gegeben. Karl Messert, ein junger, vielbeachteter proletarischer Künstler, hat einen wirkungsvollen Einband entworfen und für die Vorkapitel einige Szenen aus dem Roman in Holzschnitten festgehalten. Der Preis von 3 Mk. für den 400 Seiten starken Band ist erstaunlich niedrig. Auch er dürfte mit dazu beitragen, ihm die weite Verbreitung zu verschaffen, die er verdient.

Der Beamte. Vierteljahresshefte für Beamtenrecht und Beamtenpolitik. Herausgegeben von Albert Falkenberg. Heft 1 des 2. Jahrgangs. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 106. Bezugspreis 10 Mk. jährlich, 2,50 Mk. vierteljährlich. Die Zeitschrift hat sich durch ihre sachliche Haltung mit den Heften des ersten Jahrgangs einen geachteten Namen erworben. Das erste Heft des neuen Jahrgangs enthält wieder eine Fülle wertvoller Materialien für Funktionäre der Gewerkschaften und Berufspolitiker.

Urania. Die Arbeit von 5 1/2 Millionen Menschen wird durch die Arbeit von zwei Dampfmaschinen aufgewogen, die Ford in seinem Traktorenwerk jetzt aufgestellt hat. Dieses und vieles andere Interessante bringt das Februarheft der „Urania“. E. Wagner behandelt ein neu erfundenes Stück aus dem Gesellschaftsleben der Ameisen. Die Heimat der Menschen befindet sich an vielen Orten Europas und anderer Erdteile, aber gerade in Südfrankreich hat sie unter besonders günstigen Bedingungen Aufschluß erfahren, wovon Kurt Braune erzählt. Julius Eisenstädter behandelt das weltpolitische Problem des Kongostaates. Eine „Technische Rundschau“ zeigt, wie sehr die technische der gesellschaftlichen Entwicklung des Menschen vorausgeeilt ist. Kurt Giecher führt uns auf einer sozialen Wanderung durch das Scheunenviertel Berlins. Das Beiblatt „Der Leib“ behandelt die gesunde Ernährung des Arbeiters. Ein Freiheitsgefang beschließt das Heft, das wie immer überaus reich illustriert ist. Der „Urania“-Verlag in Jena stellt gern Probehefte kostenlos zur Verfügung.

Gesundheit. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen, e. V., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Str. 137. Rund um die Erkältung rum . . . ist das Thema für die Februarnummer der „Gesundheit“, der vom Hauptverband deutscher Krankenkassen herausgegebenen und an den Schaltern der Krankenkassen kostenlos angebotenen, vergünstigt zu lesenden und doch sehr reichen Zeitschrift.



Aus der Broschüre „Augen auf! Das Büchlein zur Unfallverhütung für jung und alt“, 2. Ausgabe.

Verbandenachrichten.

Achtung, Betriebsräte!

Wir haben unsere Kollegen in den Betriebsvertretungen schon wiederholt davor gewarnt, sich als Reklame für Privatfirmen benutzen zu lassen und daß alle Warenangebote und Warensendungen ebenso wie das Erfragen, die Waren unter die Arbeitererschaft der Betriebe zu verteilen, entschieden abzulehnen sind. Nun gibt uns ein neuer Vorfall dieser Art noch einmal zu dieser Warnung Anlaß. Ein Kollege, der Betriebsratsmitglied in einer Papierfabrik in Jechütz (Anhalt) ist, teilt uns mit, daß die Firma August Keller, Pfälzingen bei Reutlingen (Württ.), an den Betriebsrat ein Paket, enthaltend Anzugstoffe, Arbeitsanzüge, sandte und gleichzeitig eine Aufforderung zur sofortigen Bezahlung mitschickte. Der Betriebsrat lehnte die Verteilung und Bezahlung ab, und die Sache wurden der Firma zur Verfügung gestellt.

Wir wiederholen: Die Betriebsräte sind nicht dazu da, Unternehmerreklame zu treiben. Es ist nicht mit der Würde des Betriebsratsamtes zu vereinbaren, Geschäfte solcher Art zu machen, wie die genannte Firma sie dem Betriebsrat aufzudrängen versuchte.

Seinich

mit der Zieglerkollege Wilhelm Thaler, geb. am 30. September 1869 in Lemgo, zuletzt wohnhaft in Reichde. Angaben über den Aufenthalt Thalers erbittet die Zahlstelle unseres Verbandes in Hagen i. W., Weststraße 6.

Ausgeschlossenen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Halle a. d. Saale: Willi Kuntz, Bach- Nr. 5 II 90 773; Willi Otto, Bach- Nr. 45 881; Karl Rittsche, Bach- Nr. 73 643; Mainz: Christian Grosz, Bach- Nr. 5 II 180 617; Jülich: Franz Bleichschmidt, Pfälz- Nr. 435 049. — Auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Bremen: Wilhelm Schmidt, Bach- Nr. 330 295; Karl Jahn, Bach- Nr. 922 223; Elmshorn: Wilhelm Stehr, Bach- Nr. 338 943; Max Hase, Bach- Nr. 511 460; Heinrich Bartels, Bach- Nr. 47 2; Helene Schmaleck, Serien- Nr. 960 233; Freiberg: Paul Becker, Bach- Nr. 371 161; Worms: Wilhelm Vogel, Bach- Nr. 923 682.

Die Zahlstelle Bitterfeld

sucht einen

tüchtigen Agitationsleiter.

In Frage kommt nur eine erste Kraft. Bedingung für die Anstellung ist fünfjährige Mitgliedschaft in unserem Verband. Die Bewerber müssen neben der handschriftlichen Bewerbung einreichen eine Abhandlung über

1. Ihren Lebenslauf.
2. eine Niederschrift über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung.
3. einen Aufsatz über das Thema: „Wie ist die Agitation in einem großen Industriebezirk erfolgreich zu gestalten?“

Die Anstellung erfolgt nach den vom Verbandstag beschlossenen Bedingungen.

Die Bewerbungsschreiben sind bis zum 15. März d. J. mit der Aufschrift „Bewerbung“ zu senden an

E. Krause, Bitterfeld, Eisenstraße 3.

Chemische Industrie

Großer Brand in einer chemischen Fabrik.

Die „Frankfurter Zeitung“ teilt unterm 20. Februar folgendes mit: „Ein mächtiges Großfeuer brach heute mittig in der Chemischen Fabrik Dr. Raschig, W. m. b. H., Ludwigshafen, aus. Ungeheure schwarze Rauchwolken zogen gegen 11 Uhr über die Fabrik hin und verfinsterten den Himmel in südlicher Richtung derart, daß zunächst das unheimliche Geräusch in der ganzen Stadt entstand, die Fabrik Raschig stehe in hellen Flammen. In Wirklichkeit war auf bis jetzt unbekannter Weise in dem zweistöckigen Naphthalin- und Naphthalin-Gebäude ein Feuer ausgebrochen, das sich innerhalb weniger Minuten über den ganzen Bau verbreitete. Das brennende Naphthalin entwickelte einen derartig schwarzen Rauch, daß man zunächst gar nicht recht wußte, welchen Umfang das Feuer hatte. Man alarmierte sofort neben der Berufsfeuerwehr Ludwigshafen alle benachbarten Großfeuerwehren. In kurzen Abständen erschienen die Berufsfeuerwehr Mannheim, die Berufsfeuerwehren der J.-G. Farben, Giulini und Heinrich Lanz, Mannheim. Als die Wehren erschienen, schlugen die mächtigen Flammen 20 bis 30 Meter in die Höhe, und aus dem Flammenmeer, das von schweren, schwarzen Rauchwolken umsäumt war, hörte man die fortwährenden Explosionen von Naphthalinfässern. Zunächst mußten die benachbarten großen Tanks, die mit Öl und sonstigen brennbaren Stoffen gefüllt waren, mit Wasser bespritzt werden, um sie abzukühlen. Glücklicherweise kam der Wind aus der entgegengesetzten Richtung, so daß hier die erste Gefahr beseitigt war. Neben dem Brandobjekt befanden sich aber in gleicher Windrichtung verschiedene Fabrikationsgebäude, die in direkter Gefahr standen. Die Wehren richteten mächtige Wasserstrahlen auf die Dächer dieser Gebäude und in das brennende Naphthalin-Gebäude. Da Explosionen bei einem Übergreifen des Feuers befürchtet wurden, hatte man in weitem Umkreis abgesperrt. Die Arbeiter und Angestellten des Werkes hatten vorsichtigerweise die Fabrik verlassen. Dem jähen, unerschrockenen Eingreifen der Wehren glückte es, gegen 15.30 Uhr das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Das Naphthalin-Gebäude ist samt den Vorräten vollständig ausgebrannt; es stehen nur noch die nackten Mauern mit einem Brei von Öl und Wasser. Die Fabrikationsbetriebe werden durch das Feuer keine nennenswerten Unterbrechungen erleiden. Der Schaden ist durch Versicherung voll gedeckt. Die Besatzungsbehörde hatte dem Feuerwehrrückkommando zwei Kompanien Soldaten zur Verfügung gestellt, doch brauchten diese nicht mehr in Aktion zu treten. Personen kamen nicht zu Schaden. Die Ursache des Brandes konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.“

200 freigewerkschaftliche Funktionäre der Leuna-Arbeiter tagen.

Die freien Gewerkschaften hatten für Sonntag, den 14. Februar, ihre Funktionäre vom Leunawerk zu einer außerordentlichen Tagung nach Merseburg zusammengerufen. Über 200 Funktionäre waren diesem Rufe gefolgt und, um es gleich vorweg zu sagen, die Tagung nahm einen glänzenden Verlauf. Mit seltener Einmütigkeit stellten sich die Funktionäre hinter ihre Betriebsvertretung und hinter ihre Gewerkschaften. Anwesend waren 203 Leunafunktionäre und 28 Gäste und Gewerkschaftsvertreter. Die Tagesordnung lautete:

1. Die Bedeutung der Betriebsratswahlen.
2. Bericht der Betriebsvertretung.
3. Stellungnahme zur Betriebsratsneuwahl.

Am 1. Punkt sprach Kol. Walter vom Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes. Er gab ein lebendiges Bild über die Entwicklung bis zum Betriebsratsgesetz und über die nun zehn Jahre bestehende Betriebsbewegung. Wenn es den freigewerkschaftlichen Betriebs- und Arbeiterräten nicht immer gelungen war, alle die Vorteile und Rechte, die das Betriebsratsgesetz trotz all seiner Mängel für die Arbeiterschaft bietet, auszunützen, so lag das daran, daß unsere Betriebsvertretungen von der kommunistischen Opposition in gleichem Maße wie von den Werkvereinigern und den Unternehmern gehindert und bekämpft wurden. Reicher Beifall lohnte dem Redner, als er schloß: „Wir brauchen Männer, die mit Ernst und Würde für unsere Sache eintreten. Deshalb kann es nur eines geben, einen Betriebs- und einen Arbeiterrat mit freigewerkschaftlich organisierten Kollegen!“ Der Tätigkeitsbericht der freigewerkschaftlichen Betriebsvertretung wurde vom Kollegen Walter gegeben. Redner entwarf ein anschauliches Bild über die Verhältnisse im Betrieb, aber auch über die Zustände im Betriebs- und im Arbeiterrat. Die Arbeit der kommunistischen Opposition im Arbeiterrat, die hier ja in der Mehrheit war, hatte ein recht klägliches Ergebnis. Eine unerhörte reaktionäre Strafenordnung und einige gemäßigtere Arbeiter sind der Erfolg dieser Tätigkeit. Nur unter großen Bemühungen und gegen den unerbittlichen, aber nicht desto weniger hartnäckigen Widerstand, gegen Werkvereiner und gegen kommunistische Opposition war es möglich, große Schäden für die Belegschaft abzuwehren oder hier und da Vorteile durchzusetzen. Dennoch war die Arbeit der freigewerkschaftlichen Vertreter, obwohl sie in der Minderheit waren, nicht ganz erfolglos. Die Ausführungen des Kollegen Walter zeigten, daß unsere Vertreter im Betriebs- und im Arbeiterrat nichts unversucht gelassen haben, um die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren. Wiederholt wurde der Kollege Walter während seiner Ausführungen durch lebhaftes Zustimmung der Versammlung unterstützt. In der nachfolgenden kurzen Diskussion kam volle Einmütigkeit zum Ausdruck. Einstimmig angenommen wurde nachstehende Entschließung:

„In dem Bewußtsein, daß die freigewerkschaftlichen Betriebs- und Arbeiterratsmitglieder als Minderheitsgruppe alles getan haben, um die Interessen der Belegschaft zu wahren, spricht die heute in Merseburg tagende freigewerkschaftliche Vertrauensmännerkonferenz der Leuna-Arbeiter diesen Kollegen das vollste Vertrauen aus. Gleichzeitig begrüßt die Konferenz der über 200 Leunafunktionäre die rege Anteilnahme der Gewerkschaftsvertreter an den Arbeiten der Betriebsvertretung. Die Funktionäre erklären deshalb, daß sie geschlossen und im vollsten Vertrauen hinter den freien Gewerkschaften und hinter ihrer Betriebsvertretung stehen.“

Mit einem Appell an die Anwesenden, in den nächsten Tagen und Wochen ebenso einmütig wie heute unter der Arbeiterschaft zu werben für die freien Gewerkschaften und für unsere Betriebsratskandidaten, schloß der Kollege Fischer den ersten Teil dieser Kundgebung und übergab nunmehr den Vorsitz dem Kollegen Leunahagen (Metallarbeiterverband).

Beim dritten Punkt der Tagesordnung verlas der Kollege Leunahagen die freigewerkschaftliche Vorschlagsliste für die Betriebsratswahl. Dabei führte er aus, wie diese Liste zustande gekommen ist und wie möglichst alle Arbeitergruppen und -organisationen berücksichtigt sind.

Die Liste wurde ohne Diskussion einstimmig gutgeheißen. Kollege Leunahagen geisterte die verbreiteten Methoden der kommunistischen Partei. Die Spaltung und Verhöhnung der Arbeiterschaft hat immer und stets dem Unternehmertum genügt. Es wird nun die organisatorische Durchführung des Wahlkampfes besprochen. In 14 Belegschaftsversammlungen soll zu den Leuna-Arbeitern gesprochen werden. Die Ausführungen des Kollegen Leunahagen fanden in der Versammlung lebhaften Widerhall. Unter stürmischem Beifall der Funktionäre wurde der nachfolgende Aufruf einstimmig zum Beschluß erhoben.

Aufruf

In die Arbeiterschaft des Leunawerkes. Die Belegschaft des Leunawerkes steht wiederum vor der Betriebsratswahl. Der jetzige Betriebsrat hat sich aufgelöst, weil der Arbeiterrat arbeitsunfähig geworden war. Das vergangene Jahr war auch für das Leunawerk ein Krisenjahr. Rund 4500 Arbeiter kamen zur Entlassung. Leider hat bei der vorjährigen Betriebsratswahl die Belegschaft des Leunawerkes den sogenannten „Roten Betriebsräten“ zur Mehrheit verholfen und damit ihre Geschicke in deren Hände gelegt. Es hat sich dann in der Folgezeit gezeigt, daß diese „Roten Betriebsräte“ nicht in der Lage gewesen sind, die Interessen der Belegschaft wahrzunehmen. Sie haben nicht vermocht, die Entlassungen abzuwehren, sie haben nicht vermocht, eine Änderung der Arbeitsordnung durchzusetzen, sie haben keine einzige Forderung ihres „Kampfprogramms“ durchsetzen können. Sie haben nur eine reaktionäre Strafenordnung mit der Werkleitung zustande gebracht. Trotzdem diese Art „Roter Betriebsräte“ in der Akkordkommision führend war, sind die Akkordverhältnisse noch dauernd verschlechtert worden. Somit Mißfolge auf der ganzen Linie. Darüber hinaus hat der Kampf dieser Betriebsräte gegen

Die Kommunisten als Helfer der Kapitalisten.

Was die Kommunisten selbst betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Frage ist nur, ob diese Grenzen bereits erreicht oder gar überschritten worden sind. Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird; sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat solange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokraten wirken.

„Deutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 56.

die organisierte Arbeiterschaft nur dem Unternehmer genügt. Damit ist vollumfänglich die Voraussetzung für den freien Gewerkschaftler, die gerade im vorjährigen Wahlkampf dringend darauf hingewiesen haben, daß nur Betriebsräte, die sich auf die Nachmittage der Organisation stützen, die Belegschaftsinteressen wahrnehmen können. Arbeiter des Leunawerkes! Die Verhältnisse im kommenden Jahre werden voraussichtlich für die Arbeiterschaft wieder schwere Belastungen bringen. Die Nationalisierung ist noch nicht abgeschlossen. Die Arbeitslosigkeit wächst ständig. Angriffe der Unternehmer auf die Sozialgesetzgebung und auf die von den Arbeitern geschaffenen Betriebsvertretungen stehen in Aussicht. Der Kampf um Lohn und Arbeitsplatz wird immer schärfere Formen annehmen. Deshalb ist es notwendig für die Arbeiterschaft, sich zusammenzuschließen zu einheitlichem und geschlossenem Willen und Handeln. Der stärkste Damm gegen Unternehmervillkür auf der einen Seite und Putschismus auf der anderen Seite ist die in den freien Gewerkschaften zusammengeschlossene Arbeiterschaft. Die freigewerkschaftlichen Betriebsräte als Organe der Gewerkschaft bieten die Gewähr, daß die Interessen der Belegschaft gewahrt werden. Sie werden die Arbeiterschaft führen in ihrem Bestreben zur Befreiung der von den oppositionellen „Roten Betriebsräten“ geschaffenen Nachteile für die Arbeiterschaft. Gestützt auf das Vertrauen der Belegschaft werden sie darüber hinaus gemeinsam mit den gewerkschaftlichen Organisationen die großen Forderungen der Arbeiterschaft auf Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Befreiung der 18-Stunden-Schicht an den Sonntagen und für die dauernde Aufwärtsentwicklung der Lohn- und Arbeitsbedingungen alle Kräfte einzusetzen.

Die kommunistische Partei versucht auch jetzt wieder, um die Stimmen der Arbeiterschaft zu werben. Daß es ihr dabei nicht um die Wahrung der Arbeiterinteressen zu tun ist, geht ganz klar aus ihrem eigenen Aufruf hervor. Der kommunistische „Klassenkampf“ vom Mittwoch, dem 12. Februar, schreibt:

„Die Gewerkschaften sind der einzige feste Damm, der Deutschland bisher vor der bolschewistischen Flut geschützt hat. Und ehe nicht dieser Damm zerstört ist, gelangt der kommunistische Weizen nicht zur Blüte. Zerstört diesen bolschewistischen Damm, bringt den kommunistischen Weizen zur Blüte! Wählt bei den Betriebsratswahlen nur „Rote Betriebsräte!“

Sier bringt die kommunistische Partei klar zum Ausdruck, daß sie bei den Betriebsratswahlen genau wie 1921 nur reine Putschtaktik verfolgt. Daß damit der Arbeiterschaft ungeheurer Schaden zugefügt wird, ist ihr vollkommen gleichgültig.

Deshalb rufen die heute in großer Zahl versammelten Vertrauensleute der freien Gewerkschaften die Belegschaft des Leunawerkes auf, bei der kommenden Betriebsratswahl Schluß zu machen mit der Tätigkeit der sogenannten oppositionellen „Roten Betriebsräte“. Schon zu lange sind Arbeiterinteressen den Parteinteressen der kommunistischen Partei untergeordnet worden. Ungeheure Opfer hat die Belegschaft des Leunawerkes dafür bringen müssen. Das Gebot der Klugheit fordert darum von der Arbeiterschaft des Leunawerkes, daß sie bei der Neuwahl geschlossen Mann für Mann den Kandidaten der freien Gewerkschaften ihre Stimme geben. Nur so wird es möglich sein, die ungeheuren schweren Arbeiten, die jetzt bevorstehen, im Sinne der Belegschaftsinteressen zu leisten. Auf zum Kampf für den Sieg der Arbeiterklasse!

Die freigewerkschaftlichen Vertrauensleute des Leunawerkes. Mit ein paar kräftigen Schlagen wurde und einem Hoch auf die freien Gewerkschaften wurde die impotente Kundgebung geschlossen.

Papier-Industrie

Die skandinavische Papiererzeugungsindustrie.

Von G. Stähler, Hannover.

In der skandinavischen Papiererzeugungsindustrie macht sich immer stärker das Bestreben bemerkbar, sowohl in Preis- als auch in Absatzfragen auf dem Weltmarkt gemeinsam vorzugehen. Am 28. November 1929 fanden in Stockholm bereits Beratungen zwischen der Preisfeststellungsvereinigung der schwedischen Sulfatzellstoff-Fabriken und dem finnischen Zellstoffverein statt. Von den finnischen Zellstoff-Fabriken

war der Wunsch geäußert, eine engere Verbindung zwischen diesen beiden Syndikaten herbeizuführen. Es wurde ein Ausschuß von fünf Mitgliedern eingesetzt, der die Grundzüge zu einem gemeinsamen Vorgehen auszuarbeiten soll.

In der skandinavischen Holzstoffindustrie hat ein derartiges Zusammengehen bereits zu einem wesentlichen Erfolge geführt. Nach Mitteilung der Fachpresse hat das Schwedisch-Norwegisch-Finnische Holzstoffkartell für das Jahr 1931 einen Vertrag auf Lieferung von 210 000 bis 250 000 Tonnen Holzstoff nach Frankreich abgeschlossen, wodurch der gesamte Holzstoffbedarf Frankreichs gedeckt wird. An dieser Lieferung ist Schweden mit 100 000 Tonnen, Norwegen und Finnland an dem Rest je zur Hälfte beteiligt.

Eine am 9. Januar 1930 in Newyork tagende Konferenz der amerikanischen Zeitungverleger beschloß, skandinavisches Zeitungsdrukpapier einzuführen, da dieses 4 bis 10 Dollar pro Tonne billiger sein soll als das kanadische Zeitungsdrukpapier. Zweck dieser Maßnahme dürfte ein Beschluß der kanadischen Zeitungsdrukpapierfabriken gewesen sein, die den Preis pro amerikanische Tonne Zeitungsdrukpapier von 55 auf 60 Dollar erhöhten. Die amerikanischen Zeitungverleger boten den skandinavischen Zeitungsdrukpapierherstellern gleichzeitig größere Kapitalbeträge zum Ausbau der skandinavischen Zeitungsdrukpapierfabriken an. Dieses Angebot wurde von der skandinavischen Zeitungsdrukpapierindustrie abgelehnt.

Die Zellstoffherzeugung Schwedens. Nach „Svensk Pappers-Tidning“ gestaltete sich die Zellstoffherzeugung folgendermaßen:

Jahr	Erzeugung an Sulfatzellstoff		Insgesamt	
	gebleicht Tonnen	ungebleicht Tonnen	Sulfatzellstoff Tonnen	Sulfatzellstoff Tonnen
1925	109 000	853 000	332 000	1 294 000
1926	121 000	934 000	394 000	1 449 000
1927	146 000	970 000	453 000	1 569 000
1928	126 000	803 000	430 000	1 359 000
1929	181 000	1 025 000	650 000	1 856 000

Die Produktionszahlen für 1929 beruhen auf Schätzungen, da das Ergebnis der Dezemberproduktion noch nicht endgültig vorlag.

Die Sulfatzellstoffproduktion konnte im Jahre 1929 nicht nur vollständig verbraucht werden, sondern es wurden auch noch einige tausend Tonnen Lagerbestände verkauft. Die Sulfatzellstoffproduktion wurde zu 98 Prozent abgesetzt. Von der schwedischen Papierfabrikation wurden 38 000 Tonnen gebleichter, 240 000 Tonnen ungebleichter Sulfatzellstoff und 130 000 Tonnen Sulfatzellstoff aufgenommen.

Die schätzungsweise Produktion für 1930 beträgt 200 000 Tonnen gebleichten, 1 025 000 Tonnen ungebleichten Sulfatzellstoff und 720 000 Tonnen Sulfatzellstoff. Von dieser Produktion sind bereits verkauft: 58 Prozent gebleichter, 70 Prozent ungebleichter Sulfatzellstoff und 38 Prozent Sulfatzellstoff.

Im Jahre 1929 — die endgültigen Ausfuhrzahlen liegen noch nicht vor — verteilten sich die ausgeführten Zellstoffmengen wie folgt:

Ausfuhr nach	Sulfatzellstoff	
	Prozent	Prozent
Großbritannien	25	11,5
Anderer europäische Staaten	33	15,5
Verein. Staaten von Amerika	36	60
Anderer überseeische Länder	6	13

Während in der Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 1. Oktober 1928 in der schwedischen Zellstoffindustrie nur 13 900 000 Liter Sulfatzellstoff erzeugt wurden, betrug die Erzeugung vom 1. Oktober 1928 bis 1. Oktober 1929 21 250 000 Liter.

Aber die Holzstoffausfuhr gibt die folgende Tabelle Aufschluß:

Jahr	Ausfuhr an trockenem Holzstoff	
	Tonnen	Tonnen
1925	47 236	328 115
1926	35 906	361 207
1927	35 994	424 184
1928	54 475	451 063
1929	51 086	502 588

Die Holzstoffausfuhr im Jahre 1929 umfaßt nur die Zeit von Januar bis November 1929.

Die norwegische Erzeugung. Nach Mitteilungen des Generaldirektors Wessel von der A.-S. Borregaard im „Morgenbladet“ gestaltete sich die norwegische Erzeugung folgendermaßen:

Erzeugung an	1928	1929
	Tonnen	Tonnen
Zellstoff	403 726	443 600
Papier	336 000	346 000
Holzstoff, feucht	945 200	853 000

Von der Holzstoffherzeugung des Jahres 1929 wurden 340 000 Tonnen zum Verbrauch in eigenen Papierfabriken und 513 000 Tonnen zum Verkauf hergestellt.

Die finnische Zellstoffherzeugung. Nach „Pappers- och Trävarutidning för Finland“ ist die Zellstoffproduktion im Jahre 1929 gegenüber dem Vorjahre um 7,6 Prozent gestiegen. Sie betrug:

Erzeugung an	1928	1929
	Tonnen	Tonnen
Sulfatzellstoff	440 276	471 853
Sulfatzellstoff	129 937	141 674

Insgesamt 570 213 613 527.

Die Zellstoffproduktion für 1930 wird ebenfalls auf rund 600 000 Tonnen geschätzt. Im Jahre 1931 dürfte eine ganz erhebliche Produktionssteigerung eintreten, da die Enso-Gutzeit O.-Y. mit einer Jahresproduktion von 50 000 Tonnen, die Sulfatzellstoff-Fabrik Veitiluo mit einer Jahresproduktion von 40 000 Tonnen, die Waldhof A.-B. in Kexholm mit einer Jahresproduktion von 60 000 Tonnen und die Sulfatzellstoff-Fabrik Loppila mit einer Jahresproduktion von 30 000 Tonnen im Bau begriffen sind.

Die finnische Ausfuhr.

Die Ausfuhr im Jahre 1929 gestaltete sich folgendermaßen:

Table with 3 columns: Ausfuhr an, 1928, 1929. Rows include Papier, Sulfatzellstoff, Holzstoff, etc.

Infolge der im Jahre 1928 von den nordischen Holzstoff-fabrikanen beschlossenen Produktionsbeschränkung arbeiteten auch die finnischen Holzstoff-Fabriken im Jahre 1929 nur mit 75 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit.

Die skandinavische Produktion im Jahre 1930.

Nach „Brusewicz Norsk Papper Kalender“ für das Jahr 1929/30 wird die schätzungsweise Produktion in der skandinavischen Papiererzeugungsindustrie für das Jahr 1930 etwa betragen:

Table with 5 columns: Staaten, Papier, Pappe, Zellstoff, Holzstoff. Rows include Schweden, Norwegen, Finnland, Skandinavien.

Wie alle Schätzungen können natürlich auch diese durch unvorhergesehene soziale und wirtschaftliche Ereignisse gestört und über den Haufen geworfen werden. Immerhin geben sie einen Anhaltspunkt über die Entwicklung der skandinavischen Papiererzeugungsindustrie. Die nach dem Kriege ständig steigende Produktion der skandinavischen Papiererzeugungsindustrie macht deshalb auch das Bestreben der drei als Papiererzeugungsproduzenten hauptsächlich in Frage kommenden Staaten verständlich, durch Vereinbarungen bestimmte Produktions- und Absatzbedingungen für den Weltmarkt zu schaffen.

Nahrungsmittel-industrie

Die deutsche Industrie im Jahre 1929.

Die deutsche Industrie gehört zu jenen Industriezweigen, die ihre Rohstoffe fast reiflos vom Auslande beziehen. Der Anbau an Ölsaaten und -früchten in Deutschland ist gering. Er kommt für die Industrie als Rohstofflieferant fast gar nicht in Frage. Die Einfuhr der Rohstoffe gibt uns daher gleichzeitig einen Überblick über den Stand der deutschen Industrie. Es kann von vornherein gesagt werden, daß die deutsche Industrie seit einigen Jahren zu jenen Industriezweigen gehört, die ihre Rohstoffverarbeitung aus der Vorkriegszeit weit überschritten haben. Ein Zeichen dafür, daß man das Absatzgebiet, das man vor dem Kriege hatte, nicht nur wiedererobert, sondern auch neue Absatzgebiete dazu gewonnen hat. Stellen wir nach Zeitabschnitten, die für die Industrie wichtig sind, die Einfuhrzahlen für Ölsaaten und -früchte zusammen, so haben wir gleichzeitig einen Überblick über die jeweiligen Saatmengen, die von der Industrie verarbeitet werden. Nach der Zeitschrift „Die Margarine-Industrie“ ergibt sich bei der Einfuhr an Saaten und Früchten für das Jahr 1913 und für die letzten Jahre folgendes Bild:

Table with 4 columns: Saaten, 1913, 1924, 1929. Rows include Raps, Getreide, Sonnenblumen, etc.

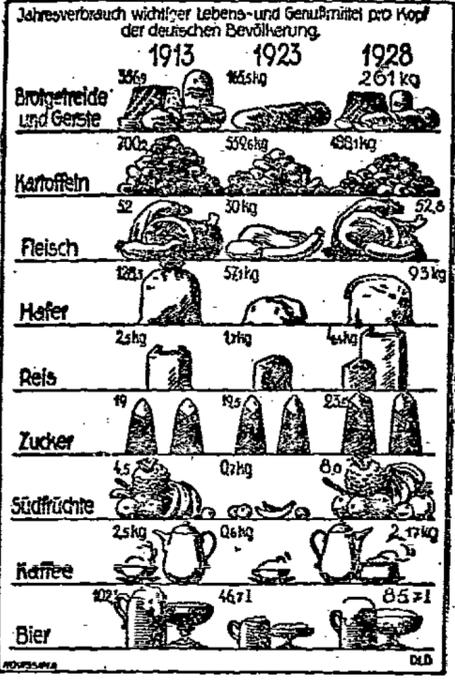
Diese Aufstellung zeigt, daß wir im Jahre 1913 rund 17 Millionen Doppelzentner Ölsaaten nach Deutschland einfuhren. Die Einfuhr ging während des Krieges stark zurück und betrug im Jahre 1920 nur 3,25 Millionen Doppelzentner. Der Auslandsabsatz für die deutsche Industrie ging ebenfalls völlig verloren, denn wir waren ja froh, wenn wir Fett nach Deutschland hereinbekamen. Allmählich erholte sich aber auch die Industrie. Im Jahre 1924 betrug die Saateinfuhr rund 7,2 Millionen Doppelzentner. Sie war also noch annähernd 10 Millionen Doppelzentner geringer als 1913. Aber bereits im Jahre 1927 betrug die Saateinfuhr 19,3 Millionen Doppelzentner und überholte somit das Jahr 1913. Die Saateinfuhr stieg dann von Jahr zu Jahr weiter, und sie betrug 1929 rund 25,8 Millionen Doppelzentner. Sie hat also die Einfuhr von 1913 um 8,8 Millionen Doppelzentner überschritten. Die deutsche Saateinfuhr ist gering. Sie fällt angesichts der hohen Einfuhrzahlen gar nicht ins Gewicht. Da wir in Deutschland Ölsaaten kaum erzeugen, ist auch die Ausfuhr sehr minimal. Wenn wirklich kleinere Posten ausgeführt werden, handelt es sich meist um Durchgangsverkehr. Die Saateinfuhr betrug 1928 89.000 Doppelzentner und 1929 rund 113.000 Doppelzentner. Eigenproduktion und Ausfuhr dürften sich ungefähr die Waage halten, so daß man sagen kann, die deutsche Industrie hat im Jahre 1929 circa 8,8 Millionen Doppelzentner Rohstoffe mehr verarbeitet als im Jahre 1913.

Daraus kann man nicht ohne weiteres den Schluß gezogen werden, als sei auch die Herstellung in gleichem Umfang gestiegen wie die Rohstoffverarbeitung. Vergleichen wir die einzelnen Posten bei der Saateinfuhr im Jahre 1913 mit dem Jahre 1929, so stellen wir bei den einzelnen Saatenarten eine starke Verschiebung fest. So wurden z. B. 1913 rund 1,5 Millionen Doppelzentner Raps und Rüben eingeführt. Diese Einfuhr ist 1929 bedeutungslos. Ähnlich steht es mit der Einfuhr von Sesam. Dagegen ist die Erdnüsseinfuhr, die 1913 knapp 1 Million Doppelzentner betrug, auf 5,7 Millionen Doppelzentner im Jahre 1929 gestiegen. Die Einfuhr der

Sojabohnen stieg sogar von 1,2 Millionen Doppelzentner auf 10,2 Millionen Doppelzentner. Dagegen weichen Kopro und Palmkerne bei der Einfuhr im letzten Jahre nicht wesentlich von der Einfuhr des Jahres 1913 ab. Es ist also bei der Einfuhr der Rohstoffe eine wesentliche Verschiebung eingetreten. Es werden aber gegenwärtig in erster Linie Rohstoffe eingeführt, die billiger sind, während die teureren Rohstoffe bei der Einfuhr immer mehr zurückgehen. Allerdings haben auch die billigeren Rohstoffe nicht einen so hohen Gehalt. Aber es spielt noch etwas anderes eine Rolle. Durch weiteren Ausbau und durch Verfeinerung des Raffinations- und Härtungsprozesses ist es möglich geworden, das Öl aus den billigeren Rohstoffen so zu veredeln, daß es zu Speisezwecken verwandt werden kann. Das war früher nicht möglich. Den Vorteil davon hat aber heute die Industrie ebenfalls.

Es könnte nun angenommen werden, daß die Industrie entsprechend den größeren Rohstoffmengen, die sie verarbeitet, auch eine entsprechend größere Anzahl Arbeiter beschäftigt als früher. Das trifft aber durchaus nicht zu. Die Anzahl der Beschäftigten in der Industrie ist gegenwärtig nicht so hoch wie in der Vorkriegszeit. Sie ist wesentlich niedriger. Durch technische Umstellungen und durch Umorganisation der Betriebe ist die Industrie derart ausgebaut, daß sie gegenwärtig die viel größeren Rohstoffmengen im regelmäßigen

Was wir essen und trinken im Laufe des Jahres



Was ist und trinkt der Deutsche im Laufe eines Jahres? Berechnet nach dem Gesamtverbrauch Deutschlands an den angeführten Lebensmitteln ist der Deutsche heute mehr Fleisch, mehr Reis und mehr Süßfrüchte als in der Vorkriegszeit. Der Kartoffelverbrauch ist erst zwei Drittel dessen der Vorkriegszeit. Der Bierverbrauch etwas über vier Fünftel. Aus dieser Zusammenstellung auf den Reichtum oder die Armut Deutschlands Schlüsse zu ziehen, wäre falsch, da man dazu unbedingt noch einen Vergleich der Preise für diese Lebensmittel mit heranziehen müßte. Besonders interessant wird das Schaubild durch die Vergleichszahlen des Jahres 1923.

Arbeitsleistung mit einer geringeren Beschäftigtenzahl verarbeitet als früher die geringen Mengen bei vorwiegend bestehendem Zehn-, ja zum Teil Zwölftundentag mit der höheren Arbeiterzahl. In erster Linie kommt in Frage, daß die Sojabohne, die ja an der Einfuhrsteigerung in größtem Umfang beteiligt ist, in Deutschland nur im Extraktionsverfahren verarbeitet wird. Das Verfahren ist gegenüber früher technisch bedeutend verbessert. Die Leistungen sind mithin pro Arbeitsstunde stark erhöht. Aber auch an anderen Betriebs-einrichtungen sind bedeutende technische Verbesserungen durchgeführt. Die Industrie verarbeitet aber nicht nur an Rohstoffmengen 50 Prozent mehr als 1913 mit einer geringeren Arbeiterzahl, der Industriezweig ist auch gegenüber früher bedeutend erweitert. Die Raffinations- und Härtungsanlagen sind stark verbessert und ausgebaut. Es wird heute viel mehr Öl raffiniert und gehärtet, weil viel mehr zu Speisezwecken verbraucht wird als früher. Ganz neue Abteilungen mit einer Anzahl Arbeitsstellen sind entstanden. Diese Arbeit muß heute gleichfalls von der geringeren Arbeiterzahl mit verrichtet werden. Die eigentliche Nierzeugung, verglichen mit früher, beschäftigt heute viel weniger Leute als 1913, trotzdem die Rohstoffverarbeitung um über 50 Prozent und die Ölproduktion um mindestens 25 Prozent höher ist als 1913.

Aber die Produktion ist ja nicht allein ausschlaggebend für die Rentabilität der Industrie, sondern Produktion und Absatzmöglichkeiten spielen für den Stand der Industrie die Hauptrolle. Bei den Absatzverhältnissen aber spielen wiederum die Öl- und -ausfuhr eine wesentliche Rolle. Sehen wir uns die Einfuhr der wichtigsten Ölsaaten, die in erster Linie als Konkurrenz für die deutsche Industrie in Frage kommen, für die letzten Jahre, verglichen mit dem Jahre 1913 an, dann erhalten wir folgendes Bild. Nach der „Margarine-Industrie“ betrug die Einfuhr der wichtigsten Ölsaaten 1913 418.700 Doppelzentner. Im Jahre 1920 führten wir 1,5 Millionen Doppelzentner Öl ein. 1924 betrug die Einfuhr noch 966.000 Doppelzentner. 1928 betrug sie jedoch nur 594.186 Doppelzentner, und 1929 wurden 684.088 Doppelzentner Öl eingeführt. Demnach ist also trotz erhöhter Produktion in Deutschland im Jahre 1929 noch eine erhöhte Einfuhr von Öl gegenüber dem Jahre 1928 zu verzeichnen. Vergleichen wir 1913 führten wir 1929 aber ein Drittel mehr Öl ein als früher. Die Öleinfuhr ist aber gegenüber dem höchsten Stande 1920 sehr stark zurückgegangen. Die Auslandskonkurrenz ist also von der deutschen Industrie wieder zurückgedrängt. Ganz kommt, daß die Absatzmöglichkeiten für Öl heute in

Deutschland viel größer sind als 1913. Die Margarineindustrie verarbeitete in der Vorkriegszeit ungefähr 50 Prozent pflanzliche und 50 Prozent tierische Fette. Heute verbraucht sie 75 bis 80 Prozent Pflanzensfette. Dazu kommt, daß die Margarineproduktion jetzt jährlich rund 100 Prozent höher ist als 1913. Hier hat sich also für die Industrie ein großes neues Absatzgebiet aufgetan.

Die Einfuhrzahlen allein aber geben ein genaues Bild auch noch nicht. Vollständig ist das Bild erst, wenn man auch die Ausfuhrzahlen dazu nimmt. Vergleichen wir aber die Ausfuhrzahlen der letzten Jahre, dann stellen wir hier eine riesige Steigerung fest. Im Jahre 1925 führten wir 300.000 Doppelzentner Öl aus. 1927 betrug die Ausfuhr bereits 890.000 Doppelzentner; 1928 wurden bereits 1,4 Millionen Doppelzentner ausgeführt, und im Jahre 1929 betrug die Ausfuhr 1.896.089 Doppelzentner. Diese Zahlen zeigen, daß die Industrie Deutschlands nicht nur den deutschen Markt wieder neu erobert hat, sondern sie trifft auch mit gutem Erfolg auf dem Weltmarkt gegenüber der Auslandskonkurrenz auf. Fassen wir unsere Betrachtungen zusammen, dann kommen wir zu folgendem Schluß:

Die deutsche Industrie ist bei ihrer Rohstoffverarbeitung auch im letzten Jahre wieder bedeutend gestiegen. Die Einfuhr an Öl hat gegenüber 1928 etwas zugenommen. Die Ausfuhr aber ist um das Mehrfache der Einfuhr gestiegen. Die größere Produktion und die Verfeinerung der Produkte werden mit weniger Arbeitskräften erzielt als in der Vorkriegszeit und auch als in den letzten Jahren. Es steht unbestritten fest, daß der deutsche Arbeiter zu denen gehört, die die am meisten gesteigerten und besten Arbeitsleistungen aufzuweisen haben. Die deutsche Industrie verdankt das gute Ergebnis im letzten Jahre nicht zuletzt einer gut eingearbeiteten Arbeiterschaft. Die Industrie hat ein gutes Jahr hinter sich. Hoffentlich denkt man auch daran, die Arbeiter entsprechend ihren Leistungen zu bezahlen. E. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Das Betriebsrätegesetz und die Hausindustrie. Mit Veränderung der Staatsform 1918 sind viele alte Hemmungen für sozialpolitische Fortschritte gefallen. Die Bahn wurde frei für eine Neuregelung der Arbeitsverhältnisse. Neben der Neuregelung der Arbeitsverhältnisse im allgemeinen sollte auch den altbekannten Mißständen in der Hausindustrie zu Leibe gegangen werden. Von diesem Wollen war die Gesetzgebung durchdrungen. Freilich ist das Wollen nicht allgemein zur Tat geworden. Anstatt das Ziel zu verfolgen, daß alle Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sinngemäß auf die Heimindustrie anzuwenden sind, ist für die Heimindustrie eine Art Sonderrecht mit sehr vielen Lücken entstanden. Dieses Sonderrecht wirkt in seiner Unvollkommenheit heute in der Praxis in vielen Fällen sogar gefährdend für die in der Hausindustrie beschäftigten Personen.

Man hat die Hausarbeit auch in dem Betriebsrätegesetz verankert. Auch hier kann nur eine Unvollkommenheit festgestellt werden. Die Paragraphen 3 und 11 B.R.G. legen davon Zeugnis ab:

§ 3 B.R.G. In Betrieben, die mindestens 20 Hausgewerbetreibende (§ 119b B.G.) beschäftigen, welche in der Hauptsache für denselben Betrieb arbeiten und selbst keine Arbeitnehmer beschäftigen, muß ein besonderer Betriebsrat für die Hausgewerbetreibenden errichtet werden.

§ 11 B.R.G. Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes sind die im Dienste anderer gegen Entgelt oder als Lehrlinge beschäftigten Personen mit Ausschluß der Angehörigen. Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes sind ferner die in der Gemeinde des Betriebes oder in wirtschaftlich mit ihr zusammenhängenden, nahe bei ihr liegenden Gemeinden wohnenden Hausgewerbetreibenden (§ 3), welche in der Hauptsache für denselben Betrieb arbeiten und selbst keine Arbeitnehmer beschäftigen. Ist für diese ein besonderer Betriebsrat gemäß § 3 zu errichten, so scheiden sie als Arbeitnehmer aus der Zahl der im Betriebe Beschäftigten aus.

In beiden Paragraphen hat der Gesetzgeber bestimmt, auch die Hausgewerbetreibenden neben den Betriebsarbeitern oder auch ohne dieselben als selbständigen Betriebsrat an der Betriebsvertretung teilnehmen zu lassen. Untersucht man die oben zitierten gesetzlichen Bestimmungen (§ 3 und 11 B.R.G.), so stößt man auf Schwierigkeiten, die dergestalt sind, daß die Betriebsvertretung für viele in der Hausindustrie beschäftigten Personen illusorisch gemacht wird.

Im Zusammenhang des Gesetzesetzes mit der Hausarbeitsrechtspraxis kann Hausgewerbetreibender nur derjenige sein, der neben seinen eigenen Familienangehörigen auch fremde Hilfskräfte beschäftigt, die bei ihm in einem Arbeitsvertragsverhältnis stehen. Diese Rechtsauffassung geht aus dem § 18 B.G. hervor. Da können Hausgewerbetreibende, die den überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stücke beziehen, den Hausarbeitern gleichgestellt werden. Nun sind aber nach den Bestimmungen der Paragraphen 3 und 11 des Betriebsrätegesetzes nur solche Personen der Hausindustrie wählbar oder wahlberechtigt, wenn sie selbst keine Arbeitnehmer beschäftigen und in der Hauptsache für einen Betrieb Heimarbeit verrichten, d. h. daß nur die in der Hausindustrie beschäftigten Personen im Sinne des B.R.G. wählbar und wahlberechtigt sind, wenn sie mit dem § 1 des B.R.G. in Verbindung gebracht werden können. Das hat der Gesetzgeber zwar nicht ausgedrückt, aber die Praxis läuft darauf hinaus. Es ist daher verwunderlich, daß anstatt der Bezeichnung „Hausarbeiter“ die Bezeichnung „Hausgewerbetreibender“ Platz gegriffen hat. Wenn schon die Bezeichnung „Hausgewerbetreibender“ im Gesetz enthalten ist, dann sollte man auch den Hausgewerbetreibenden das Recht geben, im Sinne des B.R.G. wählbar und wahlberechtigt zu sein.

Der § 3 des B.R.G. insbesondere weist auf den § 119b B.G. hin. Damit dürfte gesagt sein, daß der Gesetzgeber die Personen des § 119b der B.G. wählbar und wahlberechtigt im Sinne des Betriebsrätegesetzes machen wollte. In den Paragraphen 119b B.G., 162 B.R.G. und 5 B.R.G. werden alle Hausgewerbetreibenden den Arbeitnehmern gleichgestellt. Das Betriebsrätegesetz schaltet trotz der Bezeichnung „Hausgewerbetreibende“ diese aus. Damit wird der § 119b B.G.

auf den verwiesen ist, sowie die Paragraphen 162 RWo. und 5 WAG. im RWo. nicht wahrgemacht. Wählbar und wahlberechtigt sind nach den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes in der Hausindustrie nur solche Personen, die unter die Begriffe „Haus-“ oder „Heimarbeiter“ fallen. Für sie muß eine Betriebsvertretung gewählt werden. Das Gesetz vom 4. Februar 1920 und die darauf folgende Verordnung vom 21. April 1920 machen es den Unternehmern, Haus- und Heimarbeitern zur Pflicht, für die Haus- und Heimarbeiter eine Betriebsvertretung zu schaffen. Der § 3 RWo. spricht dieses „Muß“ aus.

Wie wichtig die Betriebsvertretung für die Haus- und Heimarbeiter ist, geht aus einer Entscheidung hervor, die unlängst vom Frankfurter Arbeitsgericht gefällt wurde. Die „Volksstimme“ in Frankfurt a. M. sagt in ihrer Nr. 19 vom 23. Januar 1930 folgendes dazu:

Gehören Heimarbeiter zum Betriebe?

Über die Frage, ob Heimarbeiter selbständige Unternehmer oder Angehörige des Betriebes sind, in dem sie beschäftigt werden, hat das Frankfurter Arbeitsgericht eine bemerkenswerte Entscheidung gefällt.

Die Frankfurter Filiale eines Unternehmens für Herrenkonfektion beschäftigte mehrere Schneider als Heimarbeiter für ihre Abänderungsabteilung. Ende Dezember wurde drei Heimarbeitern gekündigt, weil diese Abteilung verkleinert werden sollte. Die Leute forderten ihre Kündigung durch Einspruchsklagen an, nachdem der Betriebsrat ihren Einspruch für berechtigt anerkannt hatte.

Vor dem Arbeitsgericht bestritt die beklagte Firma, daß die Kläger überhaupt ein Einspruchsrecht gegen ihre Entlassung hätten, weil die Kläger Heimarbeiter und als solche selbständige Unternehmer gewesen seien. Der Vertreter des Verbandes für das Bekleidungs-gewerbe, der für die Entlassenen die Klagen durchführte, behauptete dagegen zur Begründung der Klagen, daß die Leute seit Jahren von der Firma regelmäßig mit notwendigen Abänderungsarbeiten gekaufter Kleidungsstücke beauftragt worden seien. Die Kläger seien für ihre Arbeiten nach dem Tarif für das Bekleidungs-gewerbe entlohnt, und die Lohnsteuer sei ihnen gleichfalls abgezogen worden. Die Kläger könnten deshalb nicht als Hausgewerbetreibende angesehen werden. Der behauptete Arbeitsmangel und die damit begründete Verkleinerung der Abänderungsabteilung könne nicht richtig sein, da der Verkauf von Herrenkonfektion im letzten Jahre zugenommen habe.

Das Gericht kam zu einer Verurteilung der Firma mit der Begründung, daß die Heimarbeiter in diesem Fall als festangestellte Arbeiter des Unternehmens angesehen werden müßten; denn sie würden nach dem Tarif entlohnt und die Lohnsteuer wurde ihnen regelmäßig abgezogen. Die Firma wurde zur Weiterbeschäftigung der drei Kläger oder zur Zahlung der sozialen Abfindungsbeträge verurteilt. Gegen das Urteil ist die Berufung an das Landesarbeitsgericht zulässig.

Diese Entscheidung des Frankfurter Arbeitsgerichts zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die in der Hausindustrie beschäftigten Personen auch gegen plötzliche Entlassung geschützt werden können. Dieser Schutz bekommt aber erst dann praktische Wirkung, wenn eine Betriebsvertretung der Hausarbeiter vorhanden ist. Ohne Betriebsvertretung ist ein Einspruch gegen die Entlassung unmöglich. Daraus erwächst für die Haus- und Heimarbeiter die Pflicht, Betriebsräte wählen vorzunehmen. Wählbar und wahlberechtigt sind alle in der Hausindustrie beschäftigten Personen, soweit sie keine fremden Hilfskräfte beschäftigen.

H. Elstein.

Berichte aus den Zahlstellen.

Mölling. Die Christlichen im Schlepptau der Unorganisierten. In den Aluminium- und Innwerken in Löding — zwei juristisch, aber nicht räumlich oder hinsichtlich der Leistung getrennte Betriebe — fanden im Januar die Wahlen zur Betriebsvertretung statt. Den Wahlen wurde diesmal mit einzigem Interesse entgegengesehen, weil zum erstenmal seit Januar 1926 für jeden Betrieb von Arbeiterseite wieder zwei Vorschlagslisten vorlagen. Von den freien Gewerkschaften war, wie in den Vorjahren, eine Liste eingereicht. Die zweite Liste in beiden Werken setzte sich aus Unorganisierten und — Christlichen zusammen. Diese zweite Liste war von Unorganisierten und von gelblich angehauchten Leuten aufgestellt. Unschön war es diesen bei der Sache selbst nicht ganz wohl. Sei es, daß sie sich ohne gewerkschaftliche Hilfe doch nicht an die Durchführung der betriebsräthlichen Aufgaben wagten, oder daß sie hofften, mit den christlichen Organisierten eine bessere Zugkraft zu haben, kurz und gut: sie suchten in den Christlichen einen Bundesgenossen. Und die wenigen, nach außen nicht in der Erscheinung tretenden Mitglieder des christlichen Fabrikarbeiterverbandes ließen sich herbei, als Bewerber aufzutreten. Sie durften sogar an die Spitze der Liste treten. Neben anderen bei dieser Liste Patz stehenden Personen befand sich auch ein in-zwischen aus dem freigewerkschaftlichen Werkmeisterverband ausgegliedener Werkmeister des Innwerks, der sich besonders die Beschaffung der Kandidaten angelegen sein ließ. In seinem Eifer geriet er dabei auch an die Mitglieder der freien Gewerkschaften. Nicht es nicht sonderbar, daß Angestellte, die mit dem Arbeiterrat gar nichts zu tun haben, sich gegen den bisherigen Arbeiterrat wenden, dem man nichts vorwerfen konnte? Hätte das nicht auch den Unorganisierten und erst recht den Christlichen zu denken geben müssen? Über die Zusammenfassung der Listen — besonders der des Aluminiumwerkes — wollen wir hier kein Wort verlieren. Nur level soll gesagt sein: Hätten diese Listen den Sieg davongetragen, dann wäre es mit der Vertretung der Interessen der Lödingener Arbeiter zu Ende gewesen. Das war bekannt, und es wurde selbst Leuten, die auf diesen Listen standen, nach der Einreichung unwohl. Wenigstens äußerten mehrere, daß, wenn sie das gewußt hätten (?), sie sich nicht auf diese Liste hätten setzen lassen.

So kam der Wahltag heran. Das Wahlergebnis erzeugte lange Gesichter — bei den anderen. Die Listen der Unorganisierten und der in ihrem Schlepptau sich befindenden Christen erhielten eine Niederlage, wie sie selten eine Gruppe zu verzeichnen hat. Einigermassen glimpflich kamen sie im Innwerk davon, wo sie bei 141 Wahlberechtigten von 114 abgegebenen Stimmen ganze 31 Stimmen und damit einen Sitz erhielten, während der freigewerkschaftlichen Liste 83 Stimmen und 5 Sitze zufließen. Um so katastrophaler war die Niederlage im Aluminiumwerk. Hier waren 515 Wahlberechtigte. Abgegeben wurden 461 Stimmen. Davon entfielen auf die Liste 1 (freie Gewerkschaften) 46, während auf die Liste 2 (die Wismarschleife) 22 Stimmen abgegeben wurden. Das bedeutet, daß neben den 13 Vorgelegenen auf dieser Liste 2 und den 3 Unterzeichnern des Wahlvorschlages nur noch 6 andere Arbeiter ihre Stimme für die Liste abgegeben haben. 3 Bewerber der Liste 2 haben es vorgezogen, der Wahl fernzubleiben.

Die Lödingener Arbeiterkraft hat ein gerechtes Urteil gefällt. Sie hat dem bisherigen freigewerkschaftlichen Arbeiterrat, der seine Pflichten vorbildlich erfüllte und den noch niemand einer Unterlassung oder Nachlässigkeit in der Vertretung der Interessen der Kollegen zeihen konnte oder gesehen hat — auch nicht diejenigen, die die zweite Liste betriehten oder auf ihr kandidierten oder sie unterzeichnet hatten — ein Vertrauensvotum ausgestellt, das ihm die notwendige Kraft für seine weiteren, gewiß nicht leichten Aufgaben gibt. Das Abstimmungsresultat ist aber auch insofern erfreulich, als es der Grundlosigkeit der Lödingener Christlichen die notwendige Antwort gegeben hat. Noch ein erfreuliches, von den Vätern und Vätern dieser Liste 2 nicht erwünschtes Ergebnis hatte die Wahl: Zwanzig bisher unorganisierte Kollegen haben sich als Mitglieder beim Fabrikarbeiterverband angemeldet. Weiter fol:

Wittfeld. Am 9. Februar 1930 fand die Jahreskonferenz der Zahlstelle Wittfeld statt. Insgesamt waren 49 Delegierte erschienen, darunter zwei Kolleginnen, so daß alle Orte der Zahlstelle vertreten waren. Dem vom Kollegen Krause erstatteten Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre auch unter Zahlstellengebieten von den allgemein ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen nicht verschont geblieben ist. Kurzarbeit, teils- und zeitweise Betriebsstilllegungen waren die Folge. In der chemischen Großindustrie wurden im letzten Jahre rund 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Diese Vorgänge wirkten sich auch auf unsere Organisation aus. Wenn es den Funktionären auch gelang, insgesamt 842 Mitglieder für den Verband zu gewinnen, so konnten sie doch nicht alle gehalten werden; durch Verzug und Wiederaustritt ging ein Teil wieder verloren. Trotzdem konnten wir ein Mehr von 279 Mitgliedern gegenüber 1928 buchen, so daß am Jahresluß 2307 Mitglieder vorhanden waren. Die Lohnbewegungen brachten für die Arbeiterschaft eine Erhöhung der Stundenlöhne von 3 bis 15 Pf. Zur Arbeitseinstellung ist es nur in einer Ziegelei gekommen, sie hatte aber infolge Verlangens der Kollegen nicht den gewünschten Erfolg.

Die Wahlen der Betriebsräte haben in den Wittfelder Werken durch das unverantwortliche Vorgehen einer politischen Partei (KPD) leider zur Zersplitterung der Arbeiterschaft geführt. Sieben Kollegen, die sich auf der sogenannten Oppositionsliste, die unter dem Deckmantel „Freigewerkschaftliche Liste“ lief, aufstellten, wurden vom Vorstand ausgeschlossen; die übrigen traten von der Liste zurück. Ein in der Verammlung angenommener Antrag verpflichtete die Delegierten, in den Betrieben nur Kollegen aufzustellen, die zu den Beschäftigten der Gewerkschaften stehen. In den kleineren Betrieben gelang es trotz aller Bemühungen nicht überall, Betriebsvertretungen zu schaffen.

Vor den Arbeitsgerichten waren 42 Fälle zu vertreten, drei gingen verloren, 13 wurden zurückgezogen, 26 gewonnen. In mehreren Fällen wurde Wiedereinstellung erreicht, in anderen eine Entschädigung gezahlt, die insgesamt 2145,22 Mk. betrug. Am Oberverwaltungsamt wurden 20 Fälle vertreten; beim Arbeitsamt 48. An Konferenzen, Sitzungen und Versammlungen aller Art fanden 185 statt; der Besuch war fast immer als gut zu bezeichnen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist in allen uns zuständigen Industriezweigen noch immer unglücklich. Wir hatten 1928 in unserem Zahlstellenbereich 54 arbeitslose Kollegen, 1929 dagegen 305.

Den Kassenbericht erstattete die Kollegin Springer. Die Hauptkasse hatte eine Gesamtsumme von 99770,54 Mk. Die Lokalkasse konnte trotz der Erwerbslosigkeit ihren Bestand um rund 4000 Mk. erhöhen. An Unterstützungen wurden 14121,20 Mk. an die Mitglieder ausgezahlt. Der Geschäfts- und Kassenbericht wurde einstimmig gutgeheißen und dem Kassierer Entlastung erteilt. In die Ortsverwaltung wurden wiedergewählt die Kollegen Bretschneider (Muldenslein), Richter (Zehnjoh), Pahl (Wittfeld), neu hinzugewählt die Kollegin Schiegl (Wolff) und die Kollegen Trautmann (Raguhn) und Bieher (Wittfeld). Das den Delegierten vorgelegte Ortsstatut wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag auf Anstellung eines weiteren Kollegen rief eine sehr lebhafteste Debatte hervor. Kollege Krause begründete den Antrag damit, daß die Arbeit auf allen Gebieten, wie Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsrecht usw., immer umfangreicher wird, und vor allem soll eine bessere Bearbeitung aller Kleinbetriebe erreicht werden. Die Anstellung wurde gegen 4 Stimmen beschlossen. Unter Verschiedenem wurden die kommenden Betriebsratswahlen besprochen und die Kollegen aufgefordert, nicht die politische, sondern die gewerkschaftliche Tüchtigkeit und Erfahrung der Kandidaten in den Vordergrund zu stellen. B.

Düren. Die Zahlstelle Düren des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands feierte am 9. Februar 1930 das Fest ihres 25jährigen Bestehens. Als der Kollege Offermanns die Festversammlung eröffnete, konnte er ein volles Haus begrüßen, und er betonte, daß gerade die Funktionäre aus dem weiten Gebiet der Zahlstelle fast reiflos erschienen wären. Die Männer, die vor 25 Jahren die Zahlstelle gründeten, hätten wohl damals nicht geahnt, daß sich dieses junge Reis zu einem so mächtigen Zweige an dem großen Baume des Verbandes der Fabrikarbeiter auswachsen würde. Ganz besonders seien es zwei Kollegen, denen man die Entstehung und Entwicklung der Zahlstelle zu verdanken hätte. Der Kollege Eichelmanns gehört der Zahlstelle seit ihrem Bestehen an, und er hat sie durch alle Stürme und Schicksalsschläge hindurch bis zur heutigen Höhe gebracht und damit zu einem mächtigen Faktor in der Arbeiterbewegung Dürens gemacht.

Auch der Kollege Friß Benje vom Verbands der Deutschen Buchdrucker hat die junge Zahlstelle in der ersten kritischen Zeit mit betruet und zu ihrer Entwicklung ein gut Teil beigetragen. Diesen beiden Kollegen heute für die damals geleistete mühevollen Arbeit zu danken, sei Ehrenpflicht.

Dann begrüßte Kollege Offermanns den ersten Vorsitzenden des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Reichstagsabgeordneter Brey (Hannover). Er sei heute trotz seines Alters im Reichstag und in den Gewerkschaften unermüdet tätig für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Arbeiterklasse, die ihm viel verdanke. Ebenso begrüßte er die zahlreich erschienenen Ehren-gäste, u. a. den Vorsitzenden des Ortsausschusses Düren des RWoB, den Kollegen Ruhnert. In der Festrede schilderte Kollege August Brey (Hannover) die Entstehung und Entwicklung des Verbandes der Fabrikarbeiter. Besonders in Düren sei der Boden für die freigewerkschaftliche Bewegung sehr steinig gewesen. Der Rahmen für die Entwicklung war aber geschaffen, und so konnte in jahrelanger mühevoller Arbeit aufgebaut werden. Kampfs und Inflation wirkten, wie überall, so ganz besonders auch in der Zahlstelle Düren verheerend. Aber auch hier machte es eine gute Ferntruppe unter tüchtiger Führung möglich, schnelle Wiederaufbauarbeit zu leisten, so daß die Zahlstelle heute mit an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung Dürens steht. Zum Schluß überreichte Kollege Brey im Auftrage des Hauptvorstandes den Jubilaren, Barthel Eichelmanns, Karl Birkin, Emil Rother und Franz Morawec je eine Ehrenurkunde und eine Brieftasche mit Widmung seitens der Zahlstelle.

Kollege Ruhnert vom Ortsausschuß übermittelte die Glückwünsche der übrigen freigewerkschaftlichen Verbände Dürens. Kollege Birkin überreichte als Geschenk der Glasarbeiter dem Kollegen Eichelmanns einen prachtvollen Pokal.

Gesang- und Musikvorträge umrahmten die Veranstaltung. Ganz besonders hat der Gesangverein „Topographia“ unter der bewährten Leitung seines Dirigenten, Herrn Rademacher, sehr zum Gelingen des Festes beigetragen. Ebenso die „Musikvereinigung Düren“. Ein „Tanzchen“ beschloß die in jeder Beziehung wohl-gelungene Jubelfeier, die agitatorisch für den Verband wirken und den Teilnehmern noch lange in guter Erinnerung bleiben wird.

Elbing. Am 9. Februar 1930 fand die Jahreskonferenz des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Bezirkszahlstelle Elbing, statt. Erschienen waren 35 Vertreter aus 24 Ortsgruppen, außerdem einige Kollegen von außerhalb als Gäste sowie der Gauleiter, Kollege Vogel (Königsberg). Die Tagesordnung lautete: 1. Jahresbericht; Referent: Kollege Meier (Elbing). 2. Innere diesjähriger Lohnbewegungen; Referent Kollege Vogel (Königsberg). 3. Stellungnahme zum Bezirksstatut. 4. Verschiedenes. Da der Jahresbericht den Vertretern bereits schriftlich zugefellt war, konnte sich Kollege Meier auf eine Ergänzung des Berichtes beschränken und stellte fest, daß trotz der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die im Jahre 1929 das Organisationsleben beeinträchtigten, der Verband sehr gute Fortschritte gemacht hat. Dies sei schon aus den Kassenverhältnissen ersichtlich. Die Einnahmen der Hauptkasse in der Zahlstelle Elbing betragen im Jahre 1927 28448,92 Mk.; im Jahre 1929 57846,47 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse betrug im Jahre 1927 12422,47 Mk., im Jahre 1929 22774,83 Mk. Der Lokalkassendebent weist ebenfalls eine sehr gute Entwicklung auf und hat sich im Berichtsjahre von 2197,10 Mk. auf 4944,71 Mk. erhöht. Die Ausgaben für Unterstützungen, insbesondere für Arbeitslosenunterstützungen, sind gegen-über dem Jahre 1928 bedeutend gestiegen. Dies ist durch die schlechte Arbeitsmarktlage verständlich.

Ein ständiges Vorwärtsschreiten ist auch in bezug auf die Mitgliederbewegung zu berichten. Die Mitgliederzahl erhöhte sich

im Berichtsjahre um 21 Prozent. Die günstige Entwicklung kann im allgemeinen als ein Beweis für die Festigkeit des Organisationsgedankens betrachtet werden.

Alsdann erläuterte Kollege Meier die Schwierigkeiten bei den einzelnen Lohnbewegungen im Vorjahre und stellte fest, daß im Berichtsjahre für 2303 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 5326,04 Mk. errungen worden sei.

Zusammenfassend erklärte der Referent noch einmal, daß es durch das gute Zusammenarbeiten zwischen der Bezirkszahlstelle und den einzelnen Ortsgruppen gelungen sei, den Verband im Laufe des Berichtsjahres zu fördern, und es sei nun Aufgabe jedes einzelnen Mitgliedes, auf diesem Wege weiterzuschreiten, um die Interessen der Arbeiter noch erfolgreicher vertreten zu können. Kollege Vogel (Königsberg) behandelte eingehend das gesamte Lohnproblem für die für unseren Verband in Frage kommenden Industriezweigen. In erster Linie komme die Ziegeleiindustrie in Frage, und es müsse festgestellt werden, daß die Löhne der Ziegelei-arbeiter mit den gestiegenen Ziegeleipreisen nicht in Einklang zu bringen seien. Alsdann erläuterte er noch die Löhne in den übrigen Industriezweigen. Nach einer kurzen Aussprache wurde einstimmig beschlossen, die Lohnsätze zu den nächsten zulässigen Terminen zu kündigen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, „Unser Bezirksstatut“, erläuterte Kollege Meier das Bezirksstatut und wies hierbei auf die einzelnen für die verschiedenen Ortsgruppen in Frage kommenden Bestimmungen hin. Nach einer kurzen Aussprache wurde dieses Statut einstimmig beschlossen. In die erweiterte Ortsverwaltung wurden folgende Mitglieder gewählt: Johann Kolmsie (Wörbeck), Jakob Dorich (Stelnowitz), Gottfried Gottschalk (Lenzen), Franz Fildner (Tolkowitz), Erna Dahms (Neuenburg), Franz Kortas (Niesenburg) und Franz Strelau (Tolke) als Ersatzmänner.

Kollege Pannwitz sagte noch einmal in einem Schlusswort die Bedeutung der Konferenz zusammen und forderte auch für die Zukunft zu tüchtiger Mitarbeit innerhalb der Arbeiterbewegung auf, worauf die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands geschlossen wurde.

Meißen. Von großem Interesse der Mitglieder zeugte die Jahreshauptversammlung am 4. 2. 30 im Gewerkschaftshaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachten die Anwesenden der 53 im Vorjahre verstorbenen Kollegen und Kolleginnen. Kollege Naumann erstattete den Geschäftsbericht. Seine besondere Bedeutung erhält dieser dadurch, daß die Zahlstelle Meißen in diesem Jahre auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken kann. Auch das Jahr 1929 war reich an Arbeit und Kämpfen mancher Art. Es war nur durch Aufbietung aller Kräfte des Verbandes möglich, für die Arbeiterschaft noch einige Vorteile zu erringen. Auch in organisatorischer Hinsicht ging es vorwärts. Kollege Uhlmann berichtete über die Wirtschaftslage, den Geldmarkt und die Arbeitslosigkeit. In Hand von statistischem Material bewies er, daß die Wirtschaft im letzten Jahre wieder eine Belebung erfahren hat, trotz des Pessimismus der Unternehmer. Die gewaltigen Zusammenstöße von Konzernen und Banken, der Ausbau der Technik, die Rationalisierung der Werke sind z. T. Gründe für die große Erwerbslosigkeit. Die Hauptkasse bilanzierte mit 351216,60 Mk. Einnahmen und Ausgaben. In der Lokalkasse ist bei einem Kassenbestand von 92332 Mk. eine Einnahme und Ausgabe von 195889,81 Mk. zu verzeichnen. Mitglieder zahlte die Zahlstelle am 31. Dezember 1928 6247, während am 31. Dezember 1929 6332 gemeldet werden konnten. Trotz schwerer Wirtschaftskrisen konnten unsere Aus-gestuwerten sowie die Invaliden eine Weihnachtshilfe von insgesamt 8000 Mk. erhalten. Über die Jugendarbeit referierte der Jugendleiter, Kollege Henßchel. In der Diskussion sprachen die Kollegen Koch und Hufschreier. Ihre Ausführungen entsprachen ihrer politischen Einstellung. Den Kollegen Naumann und Uhlmann fiel es nicht schwer, den Angriffen der Vorredner mit Beweisen entgegenzutreten. Auch auf dem Gebiet der Erwerbslosenunterstützung, die angefeindet wurde, brachte Kollege Uhlmann Vergleiche aus dem berühmten Ruhland, die nicht gloriose für unsere KPD. genannt werden können. Durch aktive Mitarbeit ist wohl für alle Arbeiter, auch für die Erwerbslosen, mehr herauszuholen als durch ein Aufpuschen. Die Wahl der Ortsausschussmitglieder wurde durch Handaufheben rasch erledigt. Vom 12. bis 22. Februar läuft im Bezirk der Zahlstelle Meißen unser Film „Aufstieg“, der von hohem agitatorischem Wert ist. Auf die in Ausschluß stehenden Betriebsräte wahlen wies Kollege Naumann noch besonders hin. Die Wahl zur Ortsverwaltung zeigte, daß die alte Verwaltung trotz vieler Quertreibereien das Vertrauen der Mitglieder hat. Es wurden wiedergewählt die Kollegen Gleisberg, Biele, Kühne, Naumann, Löffke, Pils, Jocher, Werner und die Kollegin Tibus mit großer Mehrheit gegen die Kandidaten der „Opposition“. Nachdem die Kollegin Schuster als Mitglied der Frauenagitationskommission um rege Mitarbeit erljacht hatte, schloß Kollege Naumann am 22.30 Uhr die von gutem Geiste und zuver-sichtlichem Kampfesmut besetzte Versammlung.

Reumann, Schriftführer.

Neuhaldensleben. Einer unserer ältesten Kollegen, Wilhelm Lütge, ist am 7. Februar 1930 einem Gehirnschlage erlegen. Trotz seines Alters von 67 Jahren war er noch in der Zuckerfabrik Schackensleben beschäftigt. Er war ein treuer Kollege, der auch am Verbandsleben noch regen Anteil nahm. Der Kollege Lütge war einer der zahllosen Helden der Arbeit, die ihr Leben lang still und unermüdet ihre Pflicht tun und dann, wenn ihre Kräfte verbraucht sind, ebenso still vom Schauplatz abtreten mußten, weil die staatliche Invalidenten-rente an eine viel zu hohe Altersgrenze geknüpft ist, als daß den alten Arbeitern noch ein angetriebener, langer Lebensabend beschieden sein könnte. Um so mehr verdient das Streben der Gewerkschaften, die Altersgrenze für die Invalidenten-rente herabzusetzen, Unterstützung durch die Arbeiterschaft. Bei allen Mitgliedern der Zahlstelle Neuhaldensleben, besonders aber bei der Arbeiterschaft der Zuckerfabrik Schackensleben wird das Andenken ihres Mitarbeiters und Mitkämpfers unergessen bleiben.

H.

Rendsburg. Am 16. Februar fand eine außerordentliche Mit-gliederversammlung statt. Kollege Thode gedachte einleitend des durch einen Betriebsunfall verstorbenen Kollegen Storm. Kollege Prall hielt einen Vortrag über „Ein Streifzug durch Welt und Wirtschaft“. Ausgehend von dem kommunistischen Manifest, das besagt, daß seit Beginn der Menschheitsgeschichte schon Klassenkämpfe stattgefunden, die für die Beschlofen fast immer mit Nieder-lagen geendet haben, lehnte er Klassenkampf nach kommunistischen Methoden ab. Unter Klassenkampf muß sich ganz annehmen an die wirtschaftliche Entwicklung. Bis zum heutigen Tage hatten wir im Reichsparlament bürgerliche Majoritäten, ein Beweis, daß die zu gut zwei Drittel aus Arbeitnehmern zusammengesetzte Arbeiter-klassen Deutschlands auch geistig noch nicht reif ist, um zu handeln, wie es ihren Interessen entspricht. Redner verurteilte alles, was die Ge-werkschaftsbewegung schwäche. Nach seiner Auffassung müsse auch das bestehende System in Rußland beibehalten, und die Arbeiter der Welt könnten daraus die entsprechende Lehre ziehen.

Kollege Hantschel legte den Standpunkt der KPD dar. Wenn das in Rußland gesteckte Ziel auch auf Schwierigkeiten stöße, so könne das Gelingen der russischen Wirtschaftspläne durch Änderung der Gewerkschaftstaktik in der übrigen Welt gefördert werden.

Die weiteren Diskussionsredner wiesen auf die Gegenfährlichkeit der Arbeiterbewegung hin, wünschten ein Gedeihen der russischen Verhältnisse zugunsten der Arbeiter, lehnten aber die Übernahme russischer Methoden auf Deutschland ab.

Kollege Prall bekräftigte in seinem Schlusswort mit einigen Zusätzen seine Ausführungen.

Unter Punkt 3, Verbandsangelegenheiten, gab der Vorsitzende, Kollege Thode, Bericht über die bevorstehende Filmvorführung: „Das Werden des Fabrikarbeiterverbandes.“

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Liebmaul und Cäsar.

Humoreske von Ernst Hallenstern.

Jugend hat nun einmal keine Tugend; dieses Sprichwort ist ebenso alt wie wahr.

Schon die bösen Buben von Corinth, die dem armen Diogenes das Leben so bitter schwer machten, waren Vorläufer der heutigen studierenden Jugend, und auch Max und Moritz kann man nicht gerade als Perlen der Erziehung preisen. Diogenes hatte es dabei noch gut; er war Hausherr, sogar glücklicher Hausherr eines Fasses, in das er sich vor den bösen Buben zurückziehen konnte. Aber heutzutage hat doch nicht jeder Lehrer gleich ein Fass bei der Hand, auch würde heute die Zahl der Fässer kaum ausreichen.

Das Werfen von Knallerbsen oder das Anhängen von schmeichelhaften Titeln an die Rockschöße der Lehrer sind veraltete Mittel, die kaum noch angewendet werden, um den Lehrern die Sympathie, welche sie bei den Schülern genossen, zum Ausdruck zu bringen.

Da nun die Schüler des Gymnasiums in W. in recht geringem Maße mit ihren Lehrern zufrieden waren, was übrigens auf Gegenseitigkeit beruht haben soll, kamen sie auf eine ganz teuflische Idee, und das kam so:

Professor Liebmaul las römische Geschichte und schwärmte außerdem für die Antike sowie jede Art von Altertümern, was aber seinen Grund nicht etwa darin hatte, daß seine Frau 15 Jahre älter war als er. Professor Liebmaul war ein kleines, vertrocknetes Männchen, so vertrocknet, daß man immer versucht war, es abzustauben. Er wohnte der Billigkeit wegen ganz am Ende der Stadt, wo sich die Fische „Gute Nacht“ zu sagen pflegen. Aber noch aus einem anderen Grunde hatte er diese in der abseitig gelegenen Gegend der Stadt liegende Wohnung gewählt. Sein Wohnhaus stieß mit der Seitenfront an eine Wiese, auf der bereits zu unserer Großväter Zeiten Schutt abgeladen werden durfte, und wo unbrauchbar gewordene Gegenstände sich ein Rendezvous geben.

Auf dieser Wiese, welche von der alles ausgleichenden Zeit mit Hilfe des Windes mit einem weichen Teppich von Staub und Erde bedeckt worden war, und wo hier und da sogar etwas Gras wucherte, ging eines Abends unser Professor spazieren. Doch halt, plötzlich trat er auf einen harten Gegenstand; er stieß, bückte sich und zog eine vorwiegend herabragende Scherbe, die sein ganzes wissenschaftliches Interesse in Anspruch nahm, aus der Erde. Vorsichtig, wie ein Heiligthum, trug er sie nach Hause, um sie einer strengen Untersuchung zu unterwerfen, und kam schließlich zu dem Resultat, die Scherbe einer Urne aus den Inkasgräbern vor sich zu haben.



Zu nächstem Morgen erzählte der Professor seinen Hörern von seinem bedenklichen Fund und hielt ihnen an Hand der gefundenen Scherbe eine längere Vorlesung über die Herkunft der Scherbe. Der Gedanke, daß Professor Liebmaul aus einer Mumienkammer eine „Inkascherbe“ machen wollte, entlockte seinen Hörern ein leises, verständnisvolles Lächeln.

Die natürliche Folge des nächsten Fundes war, daß man allabendlich, nachdem die Dunkelheit sich über die Erde gedreht hatte, den Professor, mit einer Kohlenlampe und einer Laterne bewaffnet, Schatzgräber spielen sah. Wie ein Rattenwurm wühlte er sich in die Erde ein, von der er erwartete, daß sie ihm noch größere und bedeutendere Altertümern in den Schoß werfe. Aber dieses nächtliche Schatzgräbertum konnte nicht lange geheim bleiben, und so drang es auch eines Tages zu den Ohren der Schüler unseres Professors. Was Wunder, daß sich bei diesen sofort ein teuflischer Plan kristallisierte, der bald des Sternlichts der Nacht erblenden sollte.

In einer lauen Maienacht, als die Liebespärchen bereits den Wiesenschlaf gerannet hatten, sollte die höchst verwerfliche Tat geboren werden.

Kaum es die zwölfte Stunde angebrochen, da trat Liebmaul in Erscheinung und begab sich schlurpenden Schrittes zu jenem Heiligthum. Bedächtig legte er die Scherbe an und grub und grub, bis ihm die Scherbenperle auf seiner mehr als hohen, bis zum Hals reichenden Stirn stand.

Er grub und grub —

Da — knirschte da nicht etwas unter dem Druck der Scherbe? — ?? — Liebmaul erzitterte fieberhaft bei dem Geräusch. Er grub fortwährend wie im Jagdeifer, tiefer und heftiger; die Augen trafen ihm fast aus den Höhlen.

Halt!!! — Winkte ihm da nicht etwas Blankes entgegen??!!

Mit zitteriger Hand, dem Atem bis zur Kehle in das gegrabene Loch geschoben, ergiff er den glänzenden Gegenstand; er rüttelte ungeduldig an ihm und zog und zog — er kannte seinen Augen nicht — ein altes, verrostetes Messer. Liebmaul mußte sich setzen; er war kreidebleich, der ganze Mensch in ihm bebt!

Wie bestessen er zu seiner Laterne, um den überaus kostbaren Fund zu betrachten — doch was mußte sein entsetztes Auge erblicken? Er war einer Dämonenmacht nahe! In die Schwerförmigkeit eingravirt stand: „Julius Cäsar seinem Liebmaul!“

Als am nächsten Tag der Morgen graute, graute es auch den bösen Buben von Corinth vor den Folgen ihres Streiches. Doch Professor Liebmaul ließ sich nichts anmerken, desto mehr aber merkte es seine Schüler an ihren Schreien; die Hand: Römische Geschichte. Liebmaul seinen lieben Schülern eine 30

Gute Nacht.

Eine hygienische Plauderei.

Wenn wir einander „gute Nacht“ sagen, so verbinden wir damit stillschweigend den Wunsch für die Kräftigung der Gesundheit unseres Nächsten durch einen guten, erquickenden Schlaf. Der Schlaf ist für uns Menschen ein absolutes Lebensbedürfnis. Würde man uns zwingen, wie es einst als grausame Folter im Orient geschah, den Schlaf zu entbehren, so tritt beim Menschen nach etwa neun Tagen der Schlaflosigkeit der Tod ein. Wir müssen den Schlaf daher als eine wohlthätige Einrichtung der Natur zur Erhaltung von Leben und Gesundheit betrachten. Es ist die Aufgabe des Schlafes, den Körper von den durch die Tagesarbeit in unserem Innern aufgetriebenen Ermüdungsstoffen zu befreien. Zu dieser Generalreinigung müssen wir aber auch unserem Körper die Möglichkeit geben durch eine ausreichende Schlafenszeit.

Wieviel Schlaf braucht der Mensch? Eine bündige Antwort auf diese Frage läßt sich kaum geben, denn das Schlafbedürfnis des Menschen ist sehr verschieden nach Alter, Tätigkeit, Klima, Jahreszeit und Geschlecht. Der Säugling verläßt bekanntlich dreiviertel seines Lebens, das Kind im Alter von 2 bis 10 Jahren braucht eine Nachtruhe von 10 bis 12 Stunden, wäß ab die gesunde, erwachsene, arbeitende Mensch im allgemeinen nach 8 Stunden Schlaf genügend ausgeruht sein dürfte. Wer weniger schläft, tut dies meist auf Kosten seiner Gesundheit. Zwar ist vielfach, besonders von berühmten Persönlichkeiten, wie Napoleon, Friedrich dem Großen, Kolumbus, Edison und anderen, behauptet worden, daß sie mit viel weniger Schlaf auskommen seien. Allein einmal pflegt man bei dieser Rechnung die kleinen Mittagschläfchen, die oft am Tage eingeschaltet werden, nicht mitzuzählen, andererseits ist eben das Schlafbedürfnis der Menschen, wie erwähnt, individuell durchaus verschieden. Für die gesundheitsfördernde Wirkung des Schlafes kommt weiterhin die Schlafweise in Betracht. Ein altes Sprichwort behauptet: „Der Schlaf vor Mitternacht ist der gesündeste.“ Wissenschaftliche Untersuchungen haben indessen diesen Satz nicht allgemein bekräftigen können. Man hat vielmehr festgestellt, daß es unter uns Menschen zwei Typen gibt, nämlich die „Abendschläfer“ und die „Morgenschläfer“. Erstere sind abends früh müde und erreichen bald nach dem Einschlafen die größte Schlafstiefe. Das sind diejenigen, für die das Wort vom Schlaf vor Mitternacht zutrifft. Die zweite Gruppe, die Morgenschläfer, versallen erst gegen Morgen in einen Tiefschlaf, der ihnen die notwendige Erquickung bringt. Diese Art Menschen kann mit Vorteil ruhig etwas später zu Bett gehen, wird aber gut tun, zumal wenn der Beruf ein frühzeitiges Aufstehen erfordert, nach Möglichkeit ein Mittagschläfchen einzuschalten. Gleichgerichtete Untersuchungen an Schulkindern haben zu dem erstaunlichen Resultat geführt, daß die meisten Kinder im Alter von 6 bis 13 Jahren Morgenschläfer sind. Sie sind es auch, die früh nicht zur rechten Zeit aufwachen, sondern erst geweckt werden müssen, und dann meist schläfrig und mürrisch den Weg zur Schule antreten. Daher ist von Schulreformern ernsthaft die Frage einer Späterlegung des Schulbeginns in Würdigung dieser Tatsachen aufgeworfen worden.

Schließlich sind für einen guten Schlaf noch eine Anzahl äußerer Umstände von Bedeutung. Das gilt vor allem wiederum für die Kinder. Man gewöhne sie daran, pünktlich, d. h. allabendlich zur selben Stunde, schlafen zu gehen und rege ihre Phantasie nicht durch Märchenzählungen oder Gruselgeschichten an, in der irigen Meinung, sie dadurch schneller zum Schlafen zu bringen. Auch der Erwachsene wird gut tun, kurz vor dem Schlafengehen kein aufregendes Buch zu lesen, mit dem sich seine Gedanken weiter beschäftigen und ihn so am rechtzeitigen Einschlafen verhindern. Für Kinder wie für Erwachsene ist es ungewöhnlich, die Abendmahlzeit erst kurz vor dem Schlafengehen einzunehmen oder sie reichlich zu gestalten. Man sorge vielmehr dafür, daß zwischen einem leichten und eher etwas knapp gehaltenen Abendessen und der Schlafzeit eine Zeitspanne von 3 bis 4 Stunden liegt. Der Schlafraum selbst sei möglichst geräumig und luftig, am besten ist es, wenn ein gesunder Mensch sich daran gewöhnt, bei offenem Fenster zu schlafen.

Das Bett überlade man nicht mit Federbetten und Kissen, die unnötig die Gefahren der Erkältung und der Luftverschlechterung heraufbeschwören. Am besten wird der Säugling wie der gesunde Erwachsene auf harter Matratze liegen und soll zweckmäßig nur mit einer Wolldecke zugedeckt sein, der man im Winter allenfalls noch ein Federkissen oder „Plumeau“ beigibt. Die richtige Schlafhaltung ist mehr oder minder Sache der Gewohnheit, doch ist es wertvoll, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Brust frei atmen kann.

Die Beachtung aller dieser Ratschläge für einen gesunden Schlaf ist durchaus nicht so schwer, wie es vielleicht auf den ersten Blick scheinen mag. Man muß sich nur auch hierbei ein bißchen Mühe geben.

Mein Kind.

Ou liebes, kleines Mädchen du —
Nacht mir das Leben leicht.
Zeigt nur ein Wölkchen sich — im Au
Sagst du es fortgeschickt.

Frühmorgens, wenn der junge Tag
Nicht rufft zu strenger Pflicht,
Dein Stimmchen schon wie Finkenschlag
Von deinem Bettchen bricht.

Dann plapperst du — so lieb, so frank,
Und schaffst mir frischen Mut
Durch das, was du im Traum geschaut,
Du herzig junges Blut.

Bestreit die Mittagstunde mich
Von Losen der Fabrik...
Wie freue ich mich über dich,
Begegnet mir dein Blick.

Doch abends wird dein Mädchen gar
In einem Wunderquell:
Dann strahlst dein kleines Augenpaar
So glückselig hell.

Was auch des Tages schwere Last
Mir schuf an Horn und Leid,
Vor solchem Lichte schnell verblaßt —
O lieblich-schöne Zeit! A. Dufayant.

Die alte Marie.

Von Hedda Wagner.

Sie war eigentlich noch nicht alt, als sie nach einem Leben voll Arbeit und Treue einem plötzlichen und tödlichen Augenleiden erlag — sie zählte erst 50 Jahre —, aber der Weizmann „alte Marie“ war als Rosenwort genannt von den Kindern des Hauses, die sie seit deren Geburt betreut hatte, und ebenso von deren Eltern, die die lächelnde Hausgehilfin erlitten und schätzten. In dieser Familie hatte sie nach harten Jugendjahren eine wahre Heimat gefunden.

Denn nicht immer war es der Marie so gut gegangen. Ein Prekariaterrödel, frühzeitig in die Welt hinausgeschickt, da verdiente ihr kein bißchen Lohn! Und Marie schaffte unerschrocken, mit all ihrer Kraft und mit all ihrer Liebe, daß sie doch ein bißchen Geld zusammenbrachte, um ihren Kindern ein wenig zu helfen.

Marie in einem kleinen oberösterreichischen Städtchen. Mehrere Jahre hatte sie dort schon zugebracht, hatte die Kinder heranwachsen sehen, hatte beschiden, fleißig und grundehrlich ihr hartes Arbeitsleben ertragen —, da brach das Unheil über sie herein.

Eines Tages fehlte Geld in der Sparbüchse der Kinder. Sie wollten es herausnehmen, durften sie doch nach Einzug zum Besuch der Großeltern fahren, und da wollten sie einkaufen. Und nun fehlten zwei blühblanke Silbergulden. Lamentierend kiefen die Kinder zur Mutter. Wo kann das Geld sein? Und die Frau, die die Treue ihrer Marie hätte kennen sollen, sie überlegte es sich keinen Augenblick, das schändlichste Unrecht zu verüben. Marie war im Zimmer gewesen gestern und heute, und erst gestern früh hatten die Kinder ebenfalls wieder nachgezählt gehabt. Wer also konnte das Geld genommen haben als Marie? Herzlose Gedankengänge von Menschen, die in der Wienerin nur eine Sache zum Nutzen zu sehen gewohnt waren.

Marie erschrak vor dem Gedanken, als die Frau ihr mit harten Worten den Diebstahl vorwarf; beleidigte Unschuld ließ sie flammeln, stocken in ihrer Verteidigung. Die Frau ließ die Polizei holen. Marie wanderte ins Untersuchungsgefängnis. Was ist die Ehre einer Proletarierin, wenn eine Frau Doktor sie schwerer Schuld zeihet.



Und wer weiß, wie lange die arme Marie hätte leiden müssen, wenn nicht der Zufall in Gestalt eines Tischlers, der die Wandvertäfelung ausbesserte, nach einer Woche oder zweien die beiden blühblanken Silbergulden in der Ecke beim Fenster gefunden hätte. Und nun kam es an den Tag: der kleine Edl, der Jüngste, verzogene Mutterliebbling, schon oft bestraft wegen Rohheit, Gemüßigkeit und kleinen Verfrägen, er war es gewesen, der sich am gemeinamen Gut der Geschwister vergriffen hatte; er hatte ganz ruhigen Blutes zugegeben und zugehört, wie die arme Marie mit Schimpf und Schande aus dem Hause gewiesen wurde.

Natürlich wurde Marie alsobald wieder frei. Aber die stolze Frau, gereizt und gedemütigt, hatte kein gutes Wort der Abbitte für sie. Sie bekam ihren Koffer, ihren rückständigen Lohn — und eine Episode im Leben einer Arbeiterin war abgeschlossen. Was half es ihr, daß der erbitterte Vater den Jungen in eine strenge Schule steckte? In dem kleinen Ort, wo viel, zu viel bereits getrafft worden war, blieb doch etwas an ihr hängen.

Und Schmerz undummer ihrer ungerechten Verhaftung, wer nahm ihr die wieder herunter?

Traurig und krank sah die gute Marie damals bei einer gutherzigen Bekannten, wußte nicht, wohin sie sich wenden, was sie anfangen sollte. Aber da wandte es sich zum Besseren. Ein junger Beamter, der soeben geheiratet hatte, vernahm von dem Ereignis, und weil er ein Mensch im echten Sinne des Wortes war, sagte er zu seiner jungen Frau, sie wollten die Marie zu sich nehmen, denn es müsse gut hausen sein mit jemand, der so brav, so ehrlich und so vom Geschick verfolgt wäre.

Und so geschah es. — Sechszwanzig Jahre lang hat Marie in dieser Familie gelebt, hat die Kinder aufziehen geholfen, war geliebt, geachtet und wie ein Glied der Familie. Sie hat noch die Freude erlebt, die älteste Tochter als junge Frau zu sehen — von ihr zerfleht, ist sie gestorben. ... Aber wie vielen armen Marien wendet sich ihr Los nicht so günstig?

Wie viele müssen auch unerdient zugefügtes Leid — das bitterste vielleicht, was es gibt: Zweifel an der Ehrlichkeit — stumm tragen und finden niemals heraus. Manches Gute und Große ist Wirklichkeit geworden zur Verbesserung des Loses der Arbeitmenschen. Vieles bleibt noch zu erreichen übrig. Nur Einigkeit und fester Zusammenschluß sind die Voraussetzung, daß die Arbeitsbienen unter den Menschen immer ihr Recht finden können.

Humoristische Ecke.

Die Gaultskur.

Der Bauer darf keinen Schnaps mehr trinken. Er liegt backsteif im Bett. Aber er ist stark im Geist, der Bauer, und trinkt keinen Tropfen Schnaps mehr. Weil er keinen haben kann.

Sonntags kommt die Wahrsagerin zum Besuch zur Bäuerin und sagt zu ihr: „Bäuerin, merk auf, af den damischen Doktor mirkst net. Jetzt machen mir a Kur. Nimmst a Flaschen Schnaps und stellst die Flaschen in Keller, so, daß der Bauer mirk.“ Am andern Tag kommt die Urschl wieder und macht: „No?“ Lacht die Bäuerin: „No?“ In Keller is des backsteife Gestell nunter af allen vieren und hat en Schnaps guffat!“ „Stellst ehm a volle Flaschen naut afm Boden, daß er's mirkt, der giftigste Saff!“

Kommt die Urschl wieder und macht: „No?“ „O du verdrehter Ströhsack, du gegnefter, am Boden is er affi krabbel und hat den Schnaps guffat, der kreuzlahme Herrgottskrämerter.“

In dem Augenblick kommt der Doktor dazu und hört den Bericht über die sonderbare Kur und stellt die Frage: „Und wo ist er jetzt, der Bauer?“

Da schlägt die Bäuerin ihre Bauernhandeln zusammen: „Im Bett liegt er und schläft sein Prugel Rausch aus... a halbe Stunde weit ist er hin und her gehafft, das krumme Lender, im obern Dorf beim Lammwirt hat er auch den Rausch aguffat... Herr Doktor, da Bauer is kaff gesund, fell glab ich...“

„Jah auch...“ sagt der Doktor und geht. E. P.

En gros und en detail.

Ich stehe mit mehreren Einkäufern vom Warenhaus Tief vor dem Eingang dieses Geschäftshauses. Wir hören fortwährend einen Jungen rufen:

„Sechs Schnurtemen eenen-Troschen.“ Als sich einer meiner Freunde den Schertz mache, den Jungen zu fragen, was er ein Schnurtemen koste, gab der Junge die Antwort: „Ja verkaufe nur en gros, da müssen Sie ein zu Tiefen...“